

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 13. März 1920
11. Jahrg. Nummer 60

Erstzahl täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 3,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,50 Mk., unter Straßenschein 3,00 Mk. Zusätzlicher Preis: Die schneefallene Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanmeldung 5 Pf., Meldepreis: Die schneefallene Millimeterzelle oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme in der Haupt-Expedition 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzbergstraße 50, Telefon 560 39. Filial-Expeditionen: Breslau 644, Redaktions-Expedition, Kreuzbergstraße 50, Telefon 560 02; Spreebogen, Berlin, von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gießen, Oberstraße 24, Telefon 1009; Gießen, Gießen 6, Telefon 2354, Geschäftszeit von 9-12 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Carl, Verlagsanstalt m.B.H. Breslau. — Drucker: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzbergstr. 50.

Neuer Krach in der Breslauer SPD.

5 weitere Stadtverordnete legen ihre Mandate nieder — Organisierte Vorstoß der Gewerkschafts-Bürokratie

Breslau, 12. März.

Die Krise in der Breslauer SPD-Stadtverordnetenfraktion verläuft sich weiter. Außer den sozialdemokratischen Stadtverordneten Poigt, Ruffert, Weise und Klar haben nunmehr auch die Stadtverordneten Gewerkschaftsangehöriger Medlin, Frau Thoma als Franz, Frau D. Schowski, Verbandssekretär Kremsler und Stellmacher Reimie ihre Ämter niedergelegt, weil sie mit der vorgeschlagenen Wahl von Schramm zum besetzten Stadtrat, die sowohl von der Vertreterversammlung als von der Mehrheit der Stadtverordnetenfraktion beschlossen war, nicht einverstanden sind.

Die „Breslauer Zeitung“ schreibt zu der Mandatsniederlegung: Die zurückgetretenen Stadtverordneten gehören dem sogenannten Gewerkschaftsflügel an. In der Tat sind die meisten der zurückgetretenen Stadtverordneten Gewerkschaftsbeamte. Interessant dabei ist, daß Kremsler, der sich immer als „Linke“ aufspielte, sich mit seinen auf die Parteibeschlüsse pfeifenden Bonzenkollegen solidarisiert hat.

Welches sind nun die Ursachen für den Vorstoß der Gewerkschaftsbürokratie? Von politischen Gesichtspunkten kann bei dieser grundloslosen, machtkäuflichen „Gesellschaft“ nicht die Rede sein. Der Vorstoß gegen die Wahl von Schramm erfolgt aus Prestige-gründen. Die Bürokratie, die Macher des Ortsauschusses der NSDAP, hatten Ruffert als Stadtratskandidaten ausserloren. Eine einflussreiche, mächtige und Nebenregierungs-Elite innerhalb der SPD, fühlte sich übergangen. Dinstag kommt der Haß gegen Schramm, der auf Verleumdungen Rufferts und seiner Kreaturen seinerzeit als NSDAP-Sekretär gemahregelt wurde. Natürlich ist mit der Mandatsniederlegung der Krach innerhalb der SPD nicht beseitigt. Der Krach, der bereits bei der Aufstellung der Stadtverordnetenmandatanten im Frühjahr durch die SPD ging und sie stark erschütterte, wird größer und größer. Man begreift unter diesen Umständen, daß die Linken und halblinken Führer in der Breslauer SPD-Stadtverordnetenfraktion die proletarische Öffentlichkeit von dem Sturz im eigenen Hause ablenken wollten durch eine Unterstüfung bzw. Wahl des Renegaten

Reim in einen Ausschuß. Dieses Mandat wird jeder Klassenbewußte Arbeiter nunmehr durchschauen!

Jeder Arbeiter wird auch erkennen, wie tendenziös der „Kampf“ der „Linken“ gegen die vorstehende Gewerkschaftsorganisation ist. Bereits am Donnerstag machte die von dem Halbsinken Kraus geleitete „Volkswacht“ einen Vermittlungsvorschlag, der Änderung des Ortsstatutes der SPD vorsah und praktisch Kapitulation vor Ruffert und Co. bedeutete. Die geführte „Volkswacht“ veröffentlicht kommentarlos eine tendenziöse Erklärung des SPD-Vorstandes, in der das Verhalten der edlen Reim als Disziplinbruch gerügt wird. Das ist alles. Einen konsequenten Kampf mit dem Ziel Ausschluß der rebellierenden Bonzen aus der SPD können und wollen diese „Linken“ und halblinken SPD-Führer nicht führen. Führen sie doch in den Gewerkschaften mit ihnen zusammen den Kampf gegen kommunistische und sozialdemokratische Arbeiteropposition. In nichts unterscheidet sich z. B. der „Linke“ Breslauer Metallarbeitersekretär Ziegler, der oppositionelle Arbeiter maßregeln von dem rechten Meise, der im Baugewerksbund Breslau Massen ausschüsse von kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern vorantreibt. Im Namen der „Einheitsfront“

Einheitsfront aller kommunistischen oppositionellen Arbeiter gegenüber diesen rechten und halblinken Gewerkschaftspatren ist dringend nötig. Denn die Gassen, Krümmen und Ziegler, die heute Kampf gegen Meise markieren, weil es um Stadtratsposten geht, sind morgen ein Herz und eine Seele mit ihm, wenn es gilt, oppositionelle Arbeiter aus der Gewerkschaft zu werfen und den Klassenkampf des Proletariats zu schwächen. Zusammenschluß aller Klassenbewußten Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft gegen den verbrecherischen Spaltungskurs reformistischer Gewerkschaftspolitik, gegen Linken und rechten Arbeiterbetrug der SPD-Führer. Organisations- und politischer Bruch mit der sozialimperialistischen SPD, deren Politik wie ein Fluch auf der Arbeiterschaft lastet. Heraus aus der SPD, die moralisch und politisch verlumpt und von Elitenkämpfern ehrgeiziger Streber und Postenanwärter zerfressen ist!

Otto Bauers Weg zu Hermann Müller

Linke Hand, rechte Hand — alles verkauft!

12. März 1920.

In der sozialdemokratischen Presse, u. a. auch in der gefälschten „Volkswacht“, verbreitet durch den offiziellen „Sozialdemokratischen Pressebureau“, erscheint ein Artikel von Otto Bauer, Führer der österreichischen Sozialdemokratie und größte Autorität des sogenannten „linken“ Flügels in der Zweiten Internationale über das Wehrproblem. Wer von Otto Bauer eine Sensation erwartet hat, ist nicht enttäuscht; er stellt sich mit beiden Füßen auf den Boden des sozialimperialistischen Wehrprogramms, zu dem die Hermann Müller und Seberting Parteiführer haben!

Otto Bauer beruft sich auf Engels, der 1893 in seinem Artikel „Krieg Europa abzuwenden?“ unter Hinweis auf die realistische, weltpolitische Rüge des Parisismus die „realistische“ Wehrpolitik, die heute von der gesamten Zweiten Internationale einmütig überhört wird, schon damals als „linker“ bezeichnet wurde.

Einheitsfront aller kommunistischen oppositionellen Arbeiter gegenüber diesen rechten und halblinken Gewerkschaftspatren ist dringend nötig. Denn die Gassen, Krümmen und Ziegler, die heute Kampf gegen Meise markieren, weil es um Stadtratsposten geht, sind morgen ein Herz und eine Seele mit ihm, wenn es gilt, oppositionelle Arbeiter aus der Gewerkschaft zu werfen und den Klassenkampf des Proletariats zu schwächen. Zusammenschluß aller Klassenbewußten Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft gegen den verbrecherischen Spaltungskurs reformistischer Gewerkschaftspolitik, gegen Linken und rechten Arbeiterbetrug der SPD-Führer. Organisations- und politischer Bruch mit der sozialimperialistischen SPD, deren Politik wie ein Fluch auf der Arbeiterschaft lastet. Heraus aus der SPD, die moralisch und politisch verlumpt und von Elitenkämpfern ehrgeiziger Streber und Postenanwärter zerfressen ist!

Anderer Otto Bauer: nach ihm müssen sich die deutschen Arbeiter nicht nach den Interessen der proletarischen Revolution, sondern nach den Interessen der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie orientieren! Und da Herr Stresemann vorläufig noch hartnäckig behauptet, sich bei dem „Streite“ zwischen England und der Sowjetunion „neutral“ zu verhalten, tritt Otto Bauer für die Wahrung der deutschen Neutralität ein, für den bewaffneten Neutralitätsschutz! Denn ein entwaffnetes Deutschland würde, nach Bauer, den Appetit Frankreichs auf die strategischen Stappenlinien Deutschlands nach dem Osten wecken.

Bewaffneter Neutralitätsschutz also... Ein echter Opportunist, will aber Bauer dabei beileibe keine Gewalt gegen ausländische Neutralitätsbrecher anwenden. Es sei ein „Fehlur“, wollte man ihm das unterstellen; welche Mittel zur Wahrung der bewaffneten Neutralität im Ernstfalle angewandt werden sollen, hänge vielmehr „von konkreten geschichtlichen Umständen“ ab, die sich nicht voraussagen lassen.

Die Stellungnahme Otto Bauers ist nun freilich nicht originell; sie ist schon vorher von den Groener, Hermann Müller und anderen begründet worden. Von besonderem Interesse ist, daß sich Bauer mit jenem bewaffneten Neutralitätsschutz in allernächste Nähe der sozialfaschistischen NSDAP befindet! Die unter NSDAP-Redaktion stehende „Sächsische Staatszeitung“ wies erst vor kurzem darauf hin, daß Deutschland „von einem Ring bis an die Fahne bewaffneter und auch innerlich verbundener Staatsmächte umgeben“ sei, für die ein wehrloses Deutschland zum Zummelplatz kriegerischer Geschehnisse werden kann. Folgerung: bewaffneter Schutz der deutschen Neutralität!

Auch der „Volkstaat“, Organ der Allsozialdemokratischen Partei, begrüßt am 9. März den „einsichtigen Arbeiterführer“ Otto Bauer, der sogar über den positiven Wehrstandpunkt des rechten SPD-Flügels noch hinausgehe,

„indem er die deutsche Wehrmacht nicht bloß als notwendiges Uebel gebuddel wissen will, sondern sogar aktuelle Gründe dafür anführt, weshalb sie, unter dem Gesichtspunkt des deutschen Selbstbestimmungsrechts, heute geradezu unerlässlich betrachtet werden müsse.“

Das NSDAP-Blatt läßt sich in seiner freudigen Zustimmung auch durchaus nicht davon beirren, daß Otto Bauer für seine Wehrmachtphilosophie die Bedrohung der Sowjetunion durch die Wehrmacht anführt. Das sei ganz unerheblich, meint der „Volkstaat“, Bauers Warnung sei auch ohnedies beachtlich!

Und in der Tat: die Darstellung, als ob eine deutsche Wehrmacht jemals die Schaffung von imperialistischen Stappenlinien zum Krieg gegen Sowjetrußland verhindern könnte, ist ja eine von Otto Bauer selbst nicht geglaubte Illusion! Das imperialistische Deutschland ist durch Völkervertrag und Locarno-Pakt dazu verpflichtet,

Schwerindustrie für Anti-Sowjetfront

Begleitmusik zum Reparationshader

Vor einigen Wochen hat die „Deutsche Bergwerkszeitung“ bekanntlich die Linie der deutschen Schwerindustrie in den internationalen Fragen aufgerollt. Ein festes Bündnis zwischen Deutschland, Frankreich und England, mit der Spitze gegen Sowjetrußland — das war das Programm der hinter der „Deutschen Bergwerkszeitung“ stehenden schwerindustriellen Kreise, das die Vöglers und Schacht den deutschen Sachverständigen zur Pariser Reparationskonferenz mitgaben. Jetzt, wo die Reparationsverhandlungen in ein neues Stadium getreten sind und die Frage des Kaufpreises für die Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen die Sowjetunion lebendigere Gestalt gewinnt, hält es die „Deutsche Bergwerkszeitung“, d. h. die hinter ihr stehenden Trustkreise, für nötig, den Kriegszug gegen die Sowjetunion zu wiederholen. In der Nummer der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 10. März wird die alte Grammophonplatte über die weltrevolutionären Pläne Rußlands noch einmal abgeleiert, und die Notwendigkeit einer Intervention aufgerollt.

„Natürlich wäre ein enges Zusammenarbeiten und Zusammengehen mit Rußland eine Orientierung, durch möglich, aber nicht mit diesem Rußland... Diese Staatsform ist für Rußland, wie sie es für Deutschland wäre, das wirtschaftliche, sittliche, kulturelle und politische Verderben; jene Staatsform (die kapitalistische) (Anm. d. Red.) wäre eine Möglichkeit, aber eine Möglichkeit, die für die Nachhaber des Sowjetstaats keine ist. Sie müßten dann ja abdanken.“

Und da sie eben nicht abdanken werden — das ist die unausgesprochene, aber klare Forderung der „Deutschen Bergwerkszeitung“ — gilt es, für ihre Befestigung zu sorgen. Diese Linie der Kriegsbefürwortung und Kriegshege gegen die Sowjetunion wird in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ charakteristischerweise mit der vorsichtigen, aber deutlich ausgesprochenen Orientierung gegen Amerika verbunden. Man soll keine Kampffront gegen Amerika aufstellen, aber man soll ein wirkliches „politisches und wirtschaftliches Gegengewicht“, die weiter als eine Vereinigung der europäischen Großstaaten bestimmt wird, schaffen. Dem festen Block da drüben, so heißt es wörtlich in der „Deutschen Bergwerkszeitung“, muß ein Block in Europa entgegengestellt werden.

Auch diese Äußerungen sind ein Signal dafür, wie weitgehend die deutsche Schwerindustrie sich in die englisch-französische Imperialisten-

front eingegliedert hat. Auch sie sind ein Signal der drohenden Kriegsgefahr. Man vergesse nicht, daß die „Deutsche Bergwerkszeitung“ nicht etwa das Organ von einigen Nutzenhebern, sondern das Blatt des Stahltrusts, des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats ist. Es ist das Blatt jener Kapitalmächte, in deren Namen angeblich Vöglers in Paris mit den Vertretern der imperialistischen Großmächte verhandelt. Wer die englische und amerikanische Presse verfolgt, weiß, daß der Ton der gegenseitigen Auseinandersetzungen sich immer mehr aufrischt. Der Widerschein dieser Kriegsvorbereitungen ist die Sprache der „Deutschen Bergwerkszeitung“. Vergeblicher Kampf um die Verteidigung der Sowjetunion gegen den imperialistischen Krieg muß die Antwort des Proletariats auf den neuen Kriegszug der Schwerindustrie sein.

Vom Tage

Der ober-schlesische Provinzialausschuß gab am Montag seine Zustimmung für die Ernennung des bisherigen Hindenburg-Bürgermeisters Dr. Zutschel zum Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien.

Das Fernlabel Breslau-Berlin ist infolge Eindringen von Wasser in der Nähe von Neumarkt zerstört worden.

Die südslawische Terrorregierung plant die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat gestern abend Genf verlassen und will sich nach San Remo begeben.

Gestern wurde in Genf die 43. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes eröffnet. Der englische Delegierte Steel machte in der gestrigen Sitzung einen Vorstoß in der Richtung der weiteren Durchläuferung des Abkommens über den Achtstundentag. (Wir kommen darauf noch ausführlich zurück.)

Das Utrechter Tagesblatt behauptet, von neuem und bringt Beweise dafür, daß die von ihm veröffentlichten Dokumente über das Militärgeheimabkommen zwischen Frankreich und Belgien echt sind.

Faschistische Ueberfälle auf Arbeiterfänger und Erwerbslose

(Fig. Bericht.) Berlin, 12. März.

Nachdem der „Vorwärts“ die Schuld an den immer zahlreicher werdenden Ueberfällen des Stahlhelms auf die Arbeiter, wie die reaktionäre Presse, den Kommunisten in die Schuhe geschoben hat, muß er heute von schweren Ausschreitungen des Stahlhelms in der Nacht zum Sonntag in Leinburg, einem kleinen Ort in der Nähe von Nürnberg, berichten. Hier fand eine Werbeveranstaltung des Stahlhelms statt, zu der mit Lastautos 70 Stahlhelmer aus Nürnberg hinzugezogen waren. Zunächst verles die Versammlung ohne Störungen. Nach Schluß der Versammlung aber zogen die Stahlhelmer planmäßig in alle Lokale des Ortes und verprügelten die Arbeiter. Im „Döhlen“ waren die Arbeiterfänger versammelt. Auf einen Kommandopfeiff stießen die Stahlhelmmitglieder mit Stahlruten und Biergläsern über die Gäste her. Auch der deutschnationalen Wirt erhielt einen Hieb über den Kopf. Die Stahlhelmsoldaten wurden schließlich aus dem Lokal verdrängt. Aber bald kehrten sie zurück und führten die Gastwirtschaft durch die Fenster. Der Posthalter des Ortes und der Dirigent des Gesangsvereins wurden mit Bierflaschen und Knütteln geschlagen. Der Wirt mußte mit seinem kranken Sohn in den Keller flüchten, die Wirtin mit ihrer Tochter auf den Boden. Ein trieggschädlicher Fleischermeister, der nicht reich genug flüchten konnte, erhielt einen Stich in die linke Bauchseite und mußte noch in der Nacht im Bezirkskrankenhaus operiert werden. Bis jetzt wurden zwölf Einwohner festgenommen, die zum Teil erhebliche Wunden erhalten haben.

Der Angriff war planmäßig vorbereitet. Bereits vierzehn Tage vorher wurde in einer Versammlung im Nachbarort

Brunn seitens der Stahlhelmer erklärt, es werde krachen, wenn sie einmal nach Leinburg kämen, da das rot sei. Unter der Arbeiterfänger und auch unter den Bauern des Ortes herrscht ungeheure Empörung über den Terror des Stahlhelms.

In Rostock kam es am Sonntag zu schweren Ausschreitungen nationalsozialistischer Nudists gegenüber Erwerbslosen. Die Nationalsozialisten griffen die Erwerbslosen auf offener Straße an, als aber die Erwerbslosen sich zur Wehr zu setzen begannen, flüchteten sie. Ein großer Zug Erwerbsloser zog daraufhin vor das Parteibüro der Nationalsozialisten und versuchte das Gebäude zu kürmen. Die Nationalsozialisten feuerten aus dem Hause heraus in die Erwerbslosen.

Staatsanwaltschaftsanträge im Fememordprozess

Im Rosenfelder Fememordprozess beantragte der Staatsanwalt gestern gegen den Angeklagten Heine die Todesstrafe wegen Mordes, gegen den Angeklagten Ditow wegen Beihilfe zum Mord. Die Angeklagten Heine und Ditow, gegen die übrigen Angeklagten die Jahre Zuchthaus und für den Angeklagten Banbemer Freispruch. Selbstverständlich wird das Klagengericht den faschistischen Mordmörder nicht zum Tode verurteilen, ebenso werden sicherlich die übrigen Angeklagten nach mehr oder minder kurzer Haft bei Bewährung größter Begünstigungen wieder gegen die Arbeiterfänger freigesprochen werden.

Berliner Textilarbeiter wählen nur oppositionelle Betriebsräte!

Eine gewaltige Niederlage erlitten die reformistischen Textilarbeiterverbandsbürokraten in den Berliner Betrieben, trotz Maßregelung von oppositionellen Kollegen durch die Unternehmer; trotz systematischer Verfolgung der Organisation durch die fortgesetzten Ausschüsse der oppositionellen Kollegen ist die Mehrheit der Gewerkschaftsopposition in den Betrieben und im Textilarbeiterverband nicht zu erschüttern. Die ganze Ohnmacht der sozialdemokratischen Spaltpolitik wird jedem Arbeiter offensichtlich, wenn er die Zusammensetzung der Betriebsräte in den größten Berliner Textilbetrieben sieht. Die Berliner Textilarbeiter wollen von ihnen nichts wissen. Sie geben auf die arbeiterfeindliche Politik der Reformisten, auf die 21 Jungerschiedsprüche, durch die Wahl von oppositionellen Betriebsräten die richtige Antwort. Die Bettelpartei des neuesten Schiedspruches für die nächsten zwei Jahre haben auch die geduldben Textilarbeiter aufgegeben.

Oppositionelle Betriebsratslisten, von denen die meisten in der freigewerkschaftlichen, organisierten Versammlung und in der Betriebsversammlung ein in m i g angenommen worden sind, stellen auf die Belegschaften vor:

- Spindler A.-G., 1300 Belegschaftsziffer,
- Armit, Kunstseidenfabrik, 1200 Belegschaftsziffer,
- Feibich A.-G., Teppichfabrik, 700 Belegschaftsziffer,
- Gebauer, Bleicherei und Appreturanstalt, 650 Belegschaftsziffer,
- A. und L. Lehmann, Plüschfabrik, 500 Belegschaftsziffer,
- Krohn & Sohn, Teppichfabrik, 250 Belegschaftsziffer,
- Kohlschütter, 120 Belegschaftsziffer.

Zwei Betriebe von 400 und 600 Belegschaftsziffer stehen noch aus, aber auch hier dürfte die Opposition mindestens die Hälfte der Mandate besetzen.

Tumulte im Erziehungsheim Lindenhof

Berlin, 12. März. Am Sonntagabend kam es im Erziehungsheim Lindenhof zu einer regelrechten Empörung der Jüglinge. Die Aufsichtsbekannt alarmierten ein Ueberfallkommando, das mit Gewalt die Jungen übermächtig und fünf Jugendliche gefesselt auf einem Lastauto nach dem Polizeipräsidium transportierte. Sechs Polizeisamte blieben im Erziehungsheim zurück. Die Empörung der Jungen ist darauf zurückzuführen, daß schon seit mehreren Tagen die Aufsichtsbekannt außerordentlich hart und streng vorgegangen waren und einen Jugendlichen sei mehreren Tagen in eine Zelle gesperrt hatten. Bezeichnenderweise war von den verantwortlichen Leitern des Erziehungsheims keiner anwesend. Der sozialdemokratische Regierungspresident Krebs war unauffindbar und sein Stellvertreter Ehrhard „krank“.

374 Kilometer in der Stunde

In Miami (Nordamerika) stellte Major Segrave am Montag einen neuen Weltrekord auf. Er erreichte mit seinem Kraftwagen eine Stundengeschwindigkeit von 231 Meilen (374 Kilometer). Diese Zeit ist jedoch noch nicht anerkannt, da Major Segrave noch eine zweite Runde in entgegengesetzter Richtung fahren wird. Der Durchschnitt soll dann als die anzuerkennende Zeit gelten. Die bisherige Rekordzeit betrug 207,5 Stundenmeilen.

55 Grad Kälte in 11 000 Meter Höhe

Der französische Flieger Lemoigne versuchte am Sonntag, die Welthöchstleistung im Höhenflug, die der Amerikaner Champini mit 11 570 Meter hält, zu schlagen. Nach 1 1/2 Stunden landete Lemoigne wieder, nachdem er eine Höhe von etwa 11 000 Meter erreicht hatte. Die genaue Prüfung der Höhenmesser wird erst im Laufe des Montags vorgenommen werden. Die Welthöchstleistung ist anscheinend nicht überboten. Lemoigne erklärte, er habe infolge der furchtbaren Kälte umkehren müssen. Der Wärmemesser habe 55 Grad Kälte gezeigt.

Das verschneite Lettland

Die durch den Schneesturm der letzten Tage hervorgerufenen Störungen des Verkehrs halten noch an. Der Eisenbahnverkehr vollständig nur mit großen Verzögerungen. Der Autobusverkehr ist lahmgelegt. Auf der Straße von Riga nach Mitau sind drei Autobusse und zwei Lastwagen im Schnee festgeblieben. Der Schnee reicht zum Teil bis zu den Fenstern der Wagen. Die Stadt Galdingen ist völlig eingeschneit und von der Umwelt abgeschnitten. Man soll die Stadt wieder zu Fuß, noch im Schlitten verlassen können. Der Schnee soll stellenweise eine Höhe von zwei Meter erreichen.

Die russischen Eisbrecher nach Kiel beordert

Die russischen Eisbrecher „Jermak“ und „Truwor“ erhielten von der Marineleitung durch Junkspruch den Auftrag, mit den Dampfern

„Lucea“ und „Gda“ nicht nach Warnemünde, sondern nach Kiel zu fahren, wo „Truwor“ nach Einnahme neuer Kohlen dann sofort mit dem Ausbruch des Kaiser-Wilhelm-Kanals beginnen soll. Durch den Nebel wird zurzeit das Vordrücken der Eisbrecher auf der Fahrt nach Kiel allerdings stark behindert.

37 Tote beim Erbruch auf Madela. In Lissaboner Meldungen wird die Anzahl der beim Erbruch bei San Vincente auf Madela ums Leben gekommenen Personen mit 37 angegeben. Die Tatsache, daß bisher nur 16 Leichen aus den Trümmern geborgen wurden, erklärt sich daraus, daß die meisten von Meer weggespült wurden. Ein Mann wurde nach einer Verschüttung nach vielen Stunden noch lebend geborgen, da eine herausragende Hand ein Rettungsperlen aufgefunden war.

Geldstrafknader in der 5. Avenue. Einer Verbrecherbande gelang es, in einem Geschäftshaus in der 5. Avenue (New York) einen Geldschrank mit Dynamit zu sprengen und 20 000 Dollar zu rauben. Die Täter sind entkommen.

Das fünfjährige Kind am Bett seiner toten Mutter. Eine Einwohnerin in Hamburg, deren Ehemann in einem Krankenhaus liegt, wurde von Nachbarn in ihrem Bett tot aufgefunden. Ihr fünfjähriges Söhnchen hatte bereits drei Tage mit seiner toten Mutter in der Wohnung zugebracht, da er glaubte, daß sie nur schlief. Erst als es aufstieß, daß sich die Frau gar nicht mehr sehen ließ, wurde die Definition der Wohnung durch Nachbarn veranlaßt. Es wurde festgestellt, daß die Tote einem Herzschlag erlegen war.

Wettrennen zwischen Eisläufer und Traber. In Oslo fand am Sonntag ein Wettrennen zwischen dem Eisläufer Oskar Mathiesen und einem der schnellsten norwegischen Traber statt. Das Rennen, das über 1050 Meter ging, sah zunächst Mathiesen an der Spitze. Kurz vor dem Ziel ging das Pferd jedoch an Mathiesen vorbei und gewann in 1:37,2. Mathiesens Zeit war 1:40,5.

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch
Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolf Radt & Co.

6. Kapitel

Die Swerttruper Ortsgruppe der SPD. unterhielt in einem Mietshaus der Rheinstraße ein Parteibüro. Als sich Ernst Sutrow die finstere Treppe zum zweiten Stockwerk emporarbeitete, hörte er schon unten zwei sich streitende Stimmen. Eine Tür mit der Aufschrift:

„Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Swerttrup
Sprechstunden täglich von 5 bis 8 Uhr.“

stand halb offen. In dem durch eine Barriere geteilten Raum befanden sich zwei Männer, die er schon vom Ansehen kannte: Gewerkschaftsjekretär Reese und Parteivorstand Dersath. Beide waren in ihren Streit so vertieft, daß sie ihn auch jetzt nicht unterbrachen.

„Ich tue gewiß schon alles, was ich kann, aber ihr müßt mir auch nicht alles aufhalsen, schließlich bin ich doch nicht Partei-, sondern Gewerkschaftsangehöriger“, sagte Reese aufgebracht.

„Aber ich allein kann's nicht schaffen, ich habe auch noch einen Nebenberuf“, sagte Dersath nicht weniger laut.

„Dann müßt du eben die Gewissen mehr zur Mitarbeit heranziehen, früher ging das doch auch.“

„So siehst du aus, Emil! Ich sage dir, kein Was kommt mehr, wenn es was zu arbeiten gibt. Sogar das Bettelverleihen mußte ich neulich bezahlen.“

„Na, jedenfalls morgen bekommst du die Stenotypistin nicht. Nachmittags kommst du dich meinetwegen mit ihr verheiraten“, entschied Reese unwillig.

„Sein Blick blieb jetzt auf dem jungen Mann haften, der beschreiben mit dem Hut in der Hand wartete.“

„Was wollen Sie denn?“

Sutrow zügelte zusammen. Das Klang ja beinahe wie neulich bei dem herrlichen Betriebsleiter des Flachwerkes.

„Ich wollte nur mal fragen, ob man hier seine Aufnahme in die Partei beantragen kann“, antwortete Sutrow höflich. Die Jornaestalten, die auf der Stirn des Gewerkschaftsjekretärs bis hoch in seine Ohren liefen, glätteten sich, und auch Dersath, der unwillig zwischen Papieren herumwühlte, hat herzu.

„Aber gewiß doch, bitte nehmen Sie nur Platz.“
Es dauerte geraume Zeit, bis man einen zerklüfteten Aufnahmestellen fand. Reese knurrte dabei über die im Sekretariat herrschende Unordnung, was aber der Vorstehende wieder mit der mangelnden Unterbringung durch die Genossen — wobei er Reese ansah — verteidigte.

Der Gewerkschaftsjekretär aber wügte, was sich schiedte. „Nun höre doch endlich damit auf, was soll denn der Genosse schließlich von uns denken? Sie müssen schon entschuldigen, Genosse, aber es geht hier augenblicklich etwas komisch her. Die vielen Aufnahmen und laufenden Arbeiten — eine besoldete Kraft haben wir noch nicht, es wird alles ehrenamtlich gemacht, — die Genossen sind alle überlastet. Na, hoffentlich gewinnen wir in Ihnen ein recht tätiges Mitglied. Hat Sie jemand hierher geschickt oder — ich meine nur, hat Sie jemand beauftragt?“

„Beauftragt? Nun ja, wie man's nimmt. In der vorigen Woche hat man mich auf der Lichtstraße mit dem Kolben beauftragt. Ich kam zufällig dort entlang und wurde Zeuge empörender Polizeibrutalität. Man sagt, daß in der Polizei wie in allen Regierungsstellen noch reichlich reaktionäre Elemente vorhanden sind, die die besten Absichten unserer Genossen in der Regierung zunichtemachen. Auch meinen sich die Anzeichen, als ob was vor sich gehen soll, ein neuer Putsch — aber diesmal von rechts.“

Reese blinzelte Dersath und dieser wiederum seinen Genossen an. „Ja, und was wollen Sie denn? — Wollen Sie sich bei der Sicherheitswehr melden?“ fragte Reese ungsicher.

„Gott bewahre, ich war schon einmal 1919 in Berlin beim Reichstagsregiment. Habe jetzt Stellung hier als Chemiker auf dem Flachwerks Flachsner. Aber ich halte es für meine Pflicht, mich auch politisch in die republikanische Front einzureihen.“

„So, so“, atmete Dersath erleichtert auf, „na, dann fassen Sie man den Schein an.“

Reese nahm seinen Hut. „Also dann auf Wiedersehen, Genosse Sutrow. Und was den Rechtsputsch anbetrifft, da dürfen Sie unbesorgt sein. Dazu sind diese Leute viel zu vernünftig, verlassen Sie sich darauf! Ich selber kenne eine ganze Menge hier, alles ganz patente Leute, die sich nur noch nicht in das Neue hineinfinden können. Das kann man ja verstehen, aber sonst wäken die auch nur das Beste. Ihr Geschrei ist nur Krakeelerlei, nichts weiter. Auf jeden Fall haben wir, außer unserem Guffab mit seiner Reichswehr und Genossen keine mit der Sippe, die ganze Arbeiterfänger hinter uns. Da würden wir mit einem Rechtsputsch noch viel schneller als mit den Spartakisten fertig werden.“

„Glauben Sie denn, daß die Reichswehr in solchem Falle auch wirklich gegen Rechtsputschisten schießen würde?“ fragte Sutrow ungläubig.

„Glauben?“ Reese lächelte überlegen. „Die Soldaten sind doch auf unsere Verfassung vereidigt. Also, Bangemachen gilt nicht.“

Damit war er zur Tür hinaus.

„Ich will Ihnen noch einen guten Rat geben, Genosse, treten Sie der Einwohnerwehr bei. Unser Genosse Heine hat sie ja ausdrücklich zum Schutz gegen Putsch von links und rechts gebildet. Ich bin auch Mitglied, kann mich aber wegen meiner vielen Funktionen nicht viel drum kümmern“, sagte der Parteivorstehende.

Sutrow versprach, sich dies zu überlegen, und verließ mit vielen Gedanken im Kopf das Sekretariat.

Ueber Nacht war wieder Schnee gefallen, aber nicht liegen geblieben. Die Straßen schwammen von halbgeschmolzenem Schnee, und die Schlendernwege des Stahlhelms glitten moralischen Kanälen.

Ernst Sutrow filtrierte auf dem Fensterbrett des Laboratoriums seine Phosphorbestimmungen, wobei er in das noch immer währende Schneegeflöber hinausblinzelte. Vor vier Wochen noch, da stand er bei solchem Wetter noch wie eine gebadete Kugel hinter dem Martinosen und schaufelte garliges Schrott für den nimmerfatten Bauch des Eisenfressers. Jetzt sah er hier hübsch sauber und warm. Wurde besser bezahlt, mit „Herr“ angeredet, hatte eine interessante Arbeit, also allen Grund, zufrieden zu sein. Dennoch konnte er nicht mit sich ins reine kommen.

Gewaltig kämpfte er die dummen Gedanken, die das häßliche Wetter ihm eingab, nieder. Er konnte den armen Kerlen, die da draußen noch weiterhin schaufelten, froren und naß wurden, ja doch nicht helfen. Wenn er dem Ruf auf einen anderen Platz — seinen Fähigkeiten entsprechend — Folge leistete, war er doch noch lange kein Betrüger an der proletarischen Sache. Ja, wenn er nun alles hätte aufgegeben? So aber war gerade das Gegenteil der Fall. Er hatte sich sogar politisch organisiert, in jener Partei, die sich die Arbeiterbefreiung zum Ziel gesetzt hatte. Darauf bildete er sich sogar im Stillen etwas ein. Und daß er, statt, wie unfruchtlich beschäftigt, Kohlen zu graben, Stahlmaschinen machte, das schlug doch, seiner Grundfäden über Mitarbeit beim Wiederaufbau nicht im geringsten ins Gesicht. „Jeder an seiner Stelle!“ (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den Inhalt des Teil Arthur Lemmer...
Verlag: „Greifenverlag“, Rudolf Radt & Co., Berlin.
Druck: „Greifenverlag“, Rudolf Radt & Co., Berlin.

Der Kirchenetat in Preußen

Noch 11 Millionen Mark mehr als im vorigen Jahre

Bei der Beratung des preussischen Kultusetats im Haupt- und Ausschuss wurde Donnerstag über die geistliche Verwaltung verhandelt. Der preussische Staat gibt für die Kirche, Religionsunterricht auf den Universitäten usw. insgesamt über 84 Millionen Mark aus. Gegenüber dem Vorjahre gibt der preussische Staat elf Millionen Mark mehr an kirchlichen Ausgaben aus. Das geschieht, trotzdem in diesem Jahre alle möglichen Parteien, einschließlich der SPD., über die finanziellen Schwierigkeiten Preußens lammern, und trotzdem der diesjährige Etat faktisch ein Defizitetat ist. Für Kirche und Postzeit ist in der kapitalistischen Republik eben immer Geld da.

Der sozialdemokratische Redner, der Abgeordnete Kleinpehn, spricht nicht etwa gegen die ungeheuren Ausgaben für kirchliche Zwecke und auch nicht einmal gegen die Erhöhung dieser Ausgaben, sondern fragt nur ganz bescheiden den Kultusminister, aus welchen Gründen sich die Erhöhung erkläre. Im übrigen wünscht er nur, daß die Kirchen immer schwarzrotgold schlagen sollen. Das ist die einzige Sorge, die die Sozialdemokratie gegenüber der kapitalistischen Staatskirche hat.

Zentrum und Deutschnationale treten natürlich sehr energisch für die Unterstützung der Kirche durch den Staat ein, und freichen heraus, welche wichtige Rolle die Kirche als staatsbehaltender Faktor bei ihrer Einwirkung auf die Massen hat.

Eine besondere Leistung war die Rede des demokratischen Pfarrers Graue. Er kam auf die Materie, der kommunistischen Partei vorzuwerfen, daß sie mit ihrem Kampf gegen die Kirche in den Fußstapfen der Bourgeoisie wandle, als diese mit den Schriften Haedeke usw. gegen die Religion Stellung nahm. Der gute Mann versteht nicht, daß der Monismus nicht die marxistische Siedlung zur Kirche und Religion ist, und er versteht es nicht, daß für die Bourgeoisie die Naturwissenschaft eine Sache für sich, und die Religion

als Opium für die breiten Massen des werktätigen Volkes eine andere Sache ist, die sich bei der Bourgeoisie nicht gegenseitig ausschließen. Der Pfarrer Graue zeigte seine, wie überhaupt die Kirche, törichte Rolle, mit den Worten, mit welchen er der kommunistischen Partei vorwarf, daß sie eine Grausamkeit begehe, wenn sie den Armen, von denen man zugeben müsse, daß sie selbst die Not litten, auch noch das seelische Brot nehmen wolle. Opium für die hungernden Massen! riefen ihm die kommunistischen Vertreter zu.

Genosse Schujz - Neufuß:

Wir Kommunisten lehnen prinzipiell alle staatlichen Aufwendungen für die Kirche ab. Die 84 Millionen Mark, die der Etat für kirchliche Zwecke auswirft, sind besser zu verwenden für Kinderheime, Waldberufungshelme für Arbeiterkinder, Vermittlung an Schüler der Volksschulen und Kindergärten. Die Kirche ist seit dem Tage, da sie Staatskirche wurde, Organ der Knebelung der Ausgebeuteten, sie steht im Dienste der Herrschenden. Die Wortführer der Kirchengruppen haben hier anerkannt, daß dieser Staat, der trotz seiner Armut 84 Millionen Mark kirchlichen Zwecken zuwendet, nicht kirchenfeindlich genannt werden dürfe. Auch die SPD. bekennt sich zu diesem kapitalistischen Staatswesen, das zeigt also eine Einheitsfront des kapitalistischen Staates, der Kirchengruppen und der SPD. Die Kirche partiierte mit dem Feudalismus, sie fand sich ab mit den absoluten Königen, und willig vertritt sie die Interessen der Junker, deren Waffen sie im Weltkrieg segnete. Wenn der Zentrumsmann Dr. Lauscher behauptete, die katholische Kirche stehe grundsätzlich auf dem Boden der Gewissensfreiheit, so ist das grotesk. Zum Thema Gewissensfreiheit argumentierte die Kirche mit Perler, Folter und Scheiterhaufen. Dem kapitalistischen Staat dient die Kirche dazu, die Waffen zur Putschselbstigkeit herabzubringen. Diesen Zwecken bewilligen wir keinen Pfennig.

Ungenügende Sorgfalt oder Riesenbetrug?

Preußenkasse nimmt Kreditrisiken von der Provinzial-Genossenschaftsbank Schlesiens von „illusorischer Wert“.

Berlin, 11. März.

Mit vollen Händen hat die Preußenkasse hunderte Millionen Mark Steuergelder ausgeworfen, ohne nach irgendwelchen Sicherungen für die Kredite zu fragen. Seligentlich versuchte die Preußenkasse, sich nachträglich von den Schuldner Sicherheiten geben zu lassen. Bei seinen Enthüllungen über den Preußenkassenandal brachte der kommunistische Redner im Hauptausschuß des Landtags zu dieser Frage garabazu unerhörte Vorgänge zur Kenntnis, er führte aus:

„Als Sicherheit kam für die Preußenkasse gelegentlich die Uebertragung von Warenbeständen der Zentralwarenanstalten, ferner Abtretung ausstehender Forderungen der Verbandskassen oder auch Vergebung von Sicherheitshypotheken auf Grundstücke der Schuldner in Frage. Beachtet man, in welcher Weise hierbei — wo es um hunderte Millionen Mark öffentlicher Mittel ging — die Preußenkasse handelte, so kann man nicht mehr allein von ungenügender Sorgfalt oder Unfähigkeit oder auch unerhörter Verantwortungslosigkeit der Leitung sprechen, sondern hier scheint absichtlicher Betrug vorzuliegen. Es sei dies an einigen Beispielen illustriert.“

Die Warenzentrale der Bayerischen Zentraldarlehenskasse München gehört zu den Schuldner der Preußenkasse und sollte auch nachträglich eine Sicherheit für den erhaltenen Kredit beibringen. Die Darlehenskasse übereignete der Preußenkasse ihr Warenlager. Die erste Frage jedes Schuldlings ist hier: Was enthält das Warenlager? Wie handeln aber die Bankfachleute der Preußenkasse? Hören wir den geheimgehaltenen Revisionsbericht:

„Ein deutliches Beispiel dafür, daß den Formen der wahren Uebertragung nicht die genügende Sorgfalt entgegengebracht wurde, bietet die Warenzentrale der Bayerischen Zentraldarlehenskasse München. In den Kreditakten dieser Kasse findet sich eine Ver-

fügung vom 13. Juni 1927, in der ausdrücklich auf die Einreichung der Lagerbestandsnachweise bis auf weiteres verzichtet wird.“

In dem als „Sicherheit“ für den Kredit übereigneten Warenlager können also 1000 Zentner Mehl, aber es kann auch nur eine Handvoll Mäufedred enthalten sein. Das kümmert die Preußenkasse nicht!

Als ein Stud aus dem Tollhause mietet auch folgender im internen Revisionsbericht geschilderter Fall an:

„Nach der Wert der abgetretenen Forderungen erscheint zum Teil recht ungünstig. Ein Beispiel, welsch illusorischen Wert die übereigneten Forderungen zuwelen haben, bietet ein Fall bei der Provinzial-Genossenschaftsbank für Schlesiens. Zur Sicherung eines Sonderkredits für die Schlesische Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft sind von dieser Forderungen — es handelte sich um rund 1 600 000 Reichsmark — abgetreten worden. Bei der Prüfung der monatlich eingereichten Nachweise über die abgetretenen Forderungen fiel es der Preußenkasse auf, daß eine ganze Reihe von Salden Monate hindurch unverändert erschienen. Auf eine Bitte um Auskunft antwortete die Provinzial-Genossenschaftsbank Breslau in ihrem Schreiben vom 12. Oktober 1927 folgendermaßen:

„... die schlesische Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft gibt auf Grund unserer Mitteilungen heute dergestalt Nachricht, daß fast alle bisher nicht veränderten Konten solche sind, die zum Teil dubios (zweifelhaft), zum Teil eingeklagt sind.“

Die Preußenkasse merkt also „schon“ nach mehreren Monaten, daß man ihr als Sicherheiten solche Forderungen abgetreten hat, die zweifelhafter Natur, teils eingeklagt sind, nur „illusorischen Wert“ haben. Wer nun aber glaubt, daß wenigstens nach dieser Feststellung energische Schritte zur wirklichen Sicherung der Kredite unternommen worden sind, der kennt unsere Preußenkasse nicht. Im Revisionsbericht wird wörtlich erklärt:

„Daß daraufhin irgendwelche Schritte unternommen sind, läßt sich aus den Akten nicht feststellen, es läßt sich unter dem 26. Oktober 1927 nur folgender Aktenvermerk feststellen: „Da die Verbandskasse jetzt eine schärfere Kontrolle ausübt, bleibt vorläufig abzuwarten, was sich demnach für eine fahrbare Entlastung bemerkbar macht.“ Es bleibt abzuwarten — ob der ganze Kredit oder nur ein Teil davon fließen geht. Die Großgärtner und Finanzkapitalisten werden das Geld einer Preußenregierung, Sozialdemokratie, Zentrum, Volkspartei, Demokraten, Arm in Arm mit ihnen die Deutschnationalen, werden den Staball zahlen? — Was tun die werktätigen Steuerzahler, so lange sie nicht mit dem kapitalistischen Sumpf aufräumen.“

Eine neue Waffe für den Kampf um die Gewerkschaften

Zur rechten Stunde bringt der Führer-Verlag ein Werk heraus, das jeder gewerkschaftlich interessierte Arbeiter studieren sollte: „Der Kampf um die Gewerkschaften“ von Heinrich Farnwig. Der Verfasser, der vielen Genossen als langjähriger Kursführer bekannt ist, hat es sich zur Aufgabe gemacht, nachzuweisen, daß der Kampf um die Gewerkschaften, d. h. der Kampf um die maßgebende politische Beeinflussung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitervolkseinsiedlung der Kommunisten ist — daß sich dieser Kampf vielmehr wie ein roter Faden durch die Geschichte der Arbeiterbewegung hindurchzieht. In einem einleitenden Teil zeigt Farnwig das an der Hand der Arbeiterbewegung einiger außerdeutscher Länder und auch an Hand der Arbeiter und Gewerkschaften von Marx und Engels. Wie der Verfasser überzeugend nachweist, sind unsere Akten ihr Leben lang erfolgreiche Kämpfer gewesen.

Ausführlicher zeigt Farnwig dann den Kampf um die Gewerkschaften an dem Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung. Diese für jeden Gewerkschafter sehr interessanten und lehrreichen Ausführungen machen den wesentlichen Teil des Buches aus und bilden eine zwar eigenartige, eben weil unter dem Gesichtswinkel des fortgeschritten inneren Kampfes innerhalb der Arbeiterbewegung geschriebene Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung bis zum Ausbruch des Krieges.

Nun darf man aber nicht glauben, daß „der Kampf um die Gewerkschaften“ nur geschichtlichen Charakter hat; es behandelt so viele für den heutigen Tageskampf sehr wichtige Vorgänge und Fragen, daß man das Buch sehr wohl als ein aktuell-historisches Werk bezeichnen kann. So sagt auch Paul Merker in seinem, das Buch des Genossen Farnwig empfehlenden Vorworte:

„Seit dem 4. Kongreß der KPD sind die Probleme des Gewerkschaftskampfes, der revolutionären Gewerkschaftsstrategie und Taktik stärker in den Vordergrund getreten. In den Reihen der revolutionären Opposition und unter breiten Schichten der Arbeiterchaft werden diese Fragen unter Bewertung der aus den Massenkämpfen der letzten Zeit gezogenen Lehren ernsthaft diskutiert. Das vorliegende Buch ist geeignet, diese Diskussion zu fördern, da es für jeden Arbeiter die Möglichkeit bietet, ohne vorherige Durchsicht größerer geschichtlicher Werke sich über die wichtigsten Probleme, um die die Auseinandersetzungen zwischen revolutionärer Minderheit und der reformistischen Mehrheit der Gewerkschaftsverbände geführt wurden, zu orientieren und so aus der Geschichte dieser Auseinandersetzungen das wertvolle, im gegenwärtigen Kampf gegen Sozialimperialismus, Reformismus und Zentrismus zu verwenden.“

Wir können das Werk, das zu einem sehr mäßigen Preise abgegeben wird, allen unseren gewerkschaftlich tätigen Genossen nur dringend zur Anschaffung empfehlen.

*) „Der Kampf um die Gewerkschaften“, Führer-Verlag, Berlin SW 48, Mittelstraße 131/32. VIII und 227 Seiten. — Organisationspreis 2 Mark.

Buchdrucker fordern 20 % Lohnerhöhung

In der am 5. März stattgefundenen Versammlung des Ortsvereins Halle a. d. S. des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurde einstimmig, als mit Einschluss der sozialdemokratischen Kollegen, beschlossen, daß 20 Prozent Lohnerhöhung mit allen Mitteln durchzusetzen sind. Auch die Mannheimer Buchdrucker stellten in ihrer Ortsvereinsversammlung dieselbe Forderung.



Unser die Heimat!

Mongolische Horden jagen auf kleinen struppigen Pferden über Russlands endlose Steppen und brechen um 1241 auch in Schlesiens ein. Blühende Dörfer und Städte gehen in Flammen auf. Deutsche Siedler verlassen in Eile, was jahrzehntelanger Fleiß auf eigener Scholle geschaffen und flüchten gen Breslau, dessen Befestigungen auf der Dom- und Sandinsel den Tataren, wie sie der Volksmund nennt, zu trotzen vermögen. Bei Liegnitz wird ihnen Einhalt geboten. Schlesische Aufopferung rettet an den Pforten Deutschlands deutsche Kultur und deutsches Land.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

RARITÄT 4pf

die Cigarette des Schlesiens!

o. Mdst. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

Spaltungskurs im Bau- gewerksbund Waldenburg

Neugewählte Ortsverwaltung nicht befähigt — Statt Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Mundtotmachung der Opposition

Am 6. Februar d. J. fand die Generalversammlung der Waldenburger Bauarbeiter statt. In dieser Versammlung kritisierten die oppositionellen Kollegen die reformistische Politik der Gewerkschaftsangehörigen und brachten zum Ausdruck, daß auf dem Wege des sogenannten Wirtschaftsfriedens keine Verbesserungen für die Arbeiterklasse zu erzielen sind. Bei der Wahl der Ortsverwaltung schlugen die oppositionellen Kollegen Verhältniswahl vor. Der Vorschlag wurde seitens der Reformisten abgelehnt. Zu ihrem Schrecken erhellten sie bei der darauffolgenden Wahl nur 100 Stimmen, die Liste der Opposition dagegen 102 Stimmen. Damit war die

oppositionelle Ortsverwaltung gewählt

Die Abstimmung zeigte, daß das Vertrauen der Kollegen zur Opposition bestimmt größer, als das zu den Reformisten ist. Beim Bekanntwerden des Resultats wurden die Gesichter der Partischel und Hänisch blaß. Partischel erklärte:

„Nun haben wir keinen Vorstand mehr!“

Hänisch pflichtete ihm bei:

„Wir können die neugewählte Ortsleitung nicht an den Vorstandstisch berufen, solange die Befähigung des Bundesvorstandes nicht eingetroffen ist.“

Also schon am 6. Februar gaben die reformistischen Angestellten des Verbandes zu verstehen, daß die neugewählte Ortsleitung nicht befähigt wird.

Die Bauarbeiter sind gewiß der Auffassung, daß nicht der Bundesvorstand und nicht Partischel, sondern

die Mitgliedschaft allein zu bestimmen hat,

welche Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt werden sollen. Die Waldenburger Bauarbeiter wissen aus Erfahrung, daß es ohne Kampf nicht möglich ist, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sie wissen auch, daß der Bundesvorstand und die ihm ergebenen Bürokraten mit den Unternehmern Frieden auf lange Sicht geschlossen haben. Deshalb haben die Bauarbeiter eine oppositionelle Ortsverwaltung gewählt, und in offen der nachstehend abgedruckten, einmütig angenommenen Entschliessung ihre Ansichten über die

bevorstehenden Aufgaben

dargelegt:

Die am 6. Februar tagende Generalversammlung der Bau-
gewerkschaft Waldenburg fordert von Seiten des Bundesvorstandes

bei den Verhandlungen des neuen Reichstarifvertrages für folgende Forderungen mit aller Konsequenz einzutreten:

1. Achtstundentag, 45-Stunden-Arbeitswoche
2. Befreiung der Lohnbifferenz zwischen Hoch- und Tiefbauarbeitern, gleicher Lohn für alle Bauarbeiter: 10 Pfennig unter dem Maurerlohn;
3. Sechs Tage Ferien für alle Bauarbeiter;
4. Bezahlung der Regenstunden;
5. Befreiung des Abfahrs, wonach die Beschlüsse des Haupttarifamtes bindend sind;
6. Die Tarifdauer darf ein Jahr nicht überschreiten.

Da die Durchsetzung dieser Forderungen nur auf dem Wege des schärfsten Kampfes möglich sein wird, wird der Bundesvorstand sowie die örtliche Leitung beauftragt, bereits jetzt schon an die Organisation und Vorbereitung der Kampfmaßnahmen heranzugehen.“

Vier Wochen vergingen. Eine Antwort vom Bundesvorstand ließ nicht ein. Er ließhandelte weiter mit den Unternehmern um den Reichstarifvertrag und ließ die Forderungen der Waldenburger Bauarbeiter unberücksichtigt. Als nun ein Kollege der neugewählten Ortsverwaltung bei dem Angestellten Partischel anfragte, ob denn der Bundesvorstand nicht endlich geantwortet habe, da wurde ihm offiziell mitgeteilt, daß der

Bundesvorstand der neugewählten Ortsverwaltung die Befähigung verweigert

habe. Als Grund für diese Nichtbefähigung wurde das Kennwort „Liste der Opposition“ angegeben. Es ist klar, daß diese Begründung an den Haaren herbeigezogen ist. Was sind die wahren Ursachen der Nichtbefähigung der oppositionellen Ortsverwaltung?

Die Sozialdemokratie betrachtet die bestehende kapitalistische Republik als ihren Staat, als eine Staatsform, die lediglich einiger Verbesserungen bedarf, um allen Wünschen der Arbeiterklasse gerecht zu werden. Infolge dieser Einstellung zum Staat beteiligt sich die Sozialdemokratie an der Koalitionsregierung mit den kapitalistischen Parteien. Deshalb bemühen sich auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, Konflikte mit den Unternehmern zu vermeiden und stimmen allen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu. Weil aber die Arbeiterklasse des Hungertodes satt

ist, Lohnverbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen fordert, und unter Führung der Opposition hier und da über den Kopf der Führer in den Kampf tritt, betrachten die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Opposition als ihren Feind, deshalb ist ihr im Kampf gegen die Opposition kein Mittel zu schätz.

„In die kapitalistische Republik eine Staatsform, mit der die Arbeiterklasse zufrieden sein kann? Nein! Marx hat uns gelehrt, daß der Staatsapparat nichts anderes ist, als der gewaltsam durchgeführte Ausschlag der herrschenden Klasse. In Deutschland herrscht die kapitalistische Klasse, die deutsche Regierung ist eine Regierung der Kapitalisten, gleichviel, ob es sich um einen Bürgerkrieg oder eine Koalitionsregierung mit Sozialdemokraten handelt. Es ist unmöglich, durch Gleichmachen in den Staatsapparat diese kapitalistische Regierung in eine Arbeiterregierung umzuwandeln. Das kann nur auf gewalttätigem Wege geschehen, indem der kapitalistische Staatsapparat zertrümmert und an seine Stelle die Arbeiterregierung gesetzt wird, die dann den Aufbau des Sozialismus in Angriff nehmen wird.“

Aus Interesse an der Erhaltung der kapitalistischen Republik führen die reformistischen Bürokraten

in allen Verbänden den Spaltungskurs

durch. Alles, was in Opposition steht, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische, kommunistische oder parteilose Kollegen handelt, wird rücksichtslos der Funktion enthoben und aus dem Verband ausgeschlossen.

Wollen die Arbeiter ihre Arbeitsbedingungen verbessern und die Schlagkraft der Gewerkschaftsorganisationen erhalten und ausbauen, so müssen sie dem Spaltungskurs der Reformisten den

energischsten Widerstand entgegensetzen

Die Waldenburger Bauarbeiter müssen sofort die Abhaltung einer Mitgliederversammlung fordern. Dort müssen sie eindeutig erklären, daß sie mit dem Beschluß des Bundesvorstandes nicht einverstanden sind. Sie müssen ohne Rücksicht auf die Wünsche des Bundesvorstandes die neugewählten Kollegen

ernannt mit der Ausübung der Funktionen beauftragen.

Jeder einzelne Bauarbeiter, der in der letzten Zeit — vielleicht nur selten die Gewerkschaftsversammlungen besucht hat, muß diesmal zur Stelle sein, denn es geht um die Frage, ob der Verband immer mehr zu einer

wirtschaftsfriedlichen Organisation herabsinken

oder ob er zu einer

Kampfwaffe in den Händen des Proletariats

ausgebaut werden soll.

Bauarbeiter, schart euch um die Opposition!

Organisiert unter ihrer Führung den Kampf gegen die Spalter und für Verbesserung eurer Arbeitsbedingungen!

Wie wirkt sich das 3- und 4-Stufen-System bei der „verfassungstreuen schwarzrotgoldenen Demokratenfirma“ Hamburger aus? Erst über 100 Entlassungen, dann nach und nach Bedienung von mehr als zwei Stühlen. Erst noch das volle Alfordlohn, jetzt Lohnabzüge bei drei Stühlen von 22 Prozent, bei vier Stühlen von 33 Prozent. Das Ergebnis ist, daß ein großer Teil der Mehrstuhlarbeiter

trotz Mehrleistung heute weniger verdient,

als vordem auf zwei Stühlen, ja sogar noch weit unter dem Alfordlohn richtig für zwei Stühle bleibt. Es ist ein Skandal, wenn Männer (Familienväter) mit 17—18 Mark Wochenlohn trotz drei und vier Stühlen nach Hause gehen müssen. Drei und vier Stühle auf keinen ohne Camellen und anderen technischen Verbesserungen, das Material selten einwandfrei, so sieht es aus bei Hamburger. Wenn die Arbeiterklasse nicht auf dem Posten ist, wird es in den nächsten Wochen bei Wehner und Fröhne, wo der allerweltkluge, vom Fach wenig oder nichts verstehende Direktor Richter sein Zepher (wie lange noch?) schwingt, ebenso sein. Auch sonst hat die von den Reformisten gepriefene Rationalisierung die schönsten Blüten gezeitigt. Frauen und Mädchen, bei König Richter sehr begehrte Objekte, sind jetzt auf Stühlen beschäftigt, die früher nur von Männern bedient wurden. Die Folgen sind: die Männer arbeitslos, die Frauen und Mädchen arbeiten sich an den schweren Jacquard- und breiten (17 bis 20 Viereck) Stühlen krank.

Wo bleibt hier der Arbeiterinnenschutz,

wo Deutschland angeblich an der Spitze der Welt marschiert. Ein weiterer Mißstand ist die Schichtarbeit für Frauen. Die Textilarbeiterin, welche durch niedrigen Verdienst oder Arbeitslosigkeit des Mannes die Familie erhalten oder mit durchhalten muß, hat neben ihrer Berufarbeit noch ihre Pflichten als Mutter und Hausfrau zu erfüllen. Durch die Schichtarbeit (8 Stunden ohne jede Pause) entbehren die Familienmitglieder jeder Ordnung. Wenn dann derartig abgeheulte Frauen in der Leistung jüngerer, ausgerüsteter Personen nicht gleichkommen, vielleicht gar eine Bemerkung anderen gegenüber machen, die falsch ausgelegt wurde, erfolgt die Entlassung, wie dies einer 18 Jahre bei der Firma Krates beschäftigten Frau geschah.

Am 30. April läuft nun der Tarifvertrag ab. Es wird Aufgabe der schlesischen Textilarbeiter sein, neben den durch die Steigerung der Lebens- und Bedarfsartikelpreise notwendigen Lohnforderungen Befreiung des 3- und 4-Stufen-Systems, Sicherung des Tariflohnes als Mindestlohn, Sicherung des Achtstundentages und der 45-Stunden-Woche und Befreiung betrieblicher Mißstände zu erkämpfen. Die Textilarbeiterklasse Schlesiens, deren Rot bis über die Grenzen von Deutschland bekannt ist, lehnt es ab, dauernd öffentliche Hilfe in Anspruch zu nehmen; sie fordert ausreichenden Lohn und Sicherung der Arbeitsmöglichkeit. Diese lebensnotwendigen Sicherungen werden aber nicht geschaffen werden durch Schiedsgerichte und Schiedsprüche, wie sie in den letzten Wochen unter der Herrschaft des Scheiters gefaßt worden sind. Aufgabe der Kollegen und Kolleginnen wird es sein, die unter Ausschaltung der Mitglieder abgeschlossenen Tarifverträge mit derartig ungenügenden Lohnforderungen, langer Arbeitszeit und viel zu langer Vertragsdauer abzulehnen und die Organisation des Kampfes selbst in die Hand zu nehmen.

Textilarbeiter, fordert überall die Kündigung des Tarifes!

Kämpft in allen Betrieben Kampfleitungen!

Schlesische Textilarbeiter vor dem Kampf

Furchtbare Auswirkung der Rationalisierung — Gewerkschaftsbürokraten unternehmen nichts

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Seit Abschluß des am 30. April ablaufenden Tarifvertrages hat sich die Lage der schlesischen Textilarbeiter durch Alfordlohnkürzungen, Rationalisierung, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit wesentlich verschlechtert. Obwohl der damals gefällte Schiedspruch eine Erhöhung der Löhne um 15 Prozent, der Alfordlohn um 12 Prozent und die Freieichung des Alfordlohnfahres vorsah, lehnten sich die Unternehmer den Teufel darum. Aus fast allen Betrieben Schlesiens liegen Beweise vor, wie seit Mai d. J.

Alfordlohnkürzungen bis zu 60 Prozent

vorgenommen wurden. Diese Lohnkürzungen, die durch raffinierte Antreibermethoden, durch unkontrollierbare Leistungsergebnisse einzelner Handwerker (und solche wird es fast in jedem Betrieb geben) ihre Begründung finden, haben es mit sich gebracht, daß ein großer Teil der Alfordarbeiter unter dem Tariflohn bleibt. Wiederholt hat die Arbeiterklasse in den verschiedenen Betrieben durch die Organisationen, durch Betriebsräte und durch eigenes Handeln gegen diese Tarifbrüche protestiert. Erreicht wurde in den meisten Fällen nichts oder nur die Zusicherung, daß bei Verdiensten unter dem Tariflohn das Fehlende zugelegt würde. Wie wirkt sich das in der Praxis aus? Nun so, daß diejenigen, welche ihren Anspruch auf Tariflohn geltend machen, vorgemerkt werden, um bei der ersten passenden Gelegenheit

wegen „Arbeitsmangel“ entlassen

zu werden. So wirkt sich die „Tariftreue“ der Arbeitgeber aus. Dazu kommt, daß trotz lauterem erwerbsloser Textilarbeiter in Schlesiens von den Unternehmern zur Einführung des

3- und 4-Stufen-Systems

geschritten wird. Bei dieser Gelegenheit ist es notwendig, das Doppelspiel der Organisationsvertreter gegenüber dieser neuen Rationalisierungsmethode aufzuzeigen. Der von der Ortsverwaltung Landeshut des Deutschen Textilarbeiterverbandes an die Mitglieder herausgegebene Bericht über den Ausgang der vorjährigen Lohnbewegung enthält kommentarlos folgenden Absatz:

Protokollauszug.

Dr. Reizner gibt die Erklärung ab: Zur Vereinbarung von Löhnen für das Dreistufen- und Vierstufen-System in den Bezirken Landeshut und Rauten sind alsbald Verhandlungen unter den Tarifvertragsparteien einzuleiten.

Der Schlichter.

Das heißt auf gut deutsch: Nachdem die Vertragsparteien (und dazu gehören auch die Organisationsvertreter der Arbeitnehmer) ohne Befragung der Mitgliedschaft ihre Zustimmung zum Schiedspruch gegeben haben, hat man sich auch für das Mehrstufen-System erklärt, daran ändert sich nichts das von der Ortsverwaltung Landeshut herausgegebene Eingelassen, in dem es u. a. heißt:

„Von gewisser, interessierter Seite wird immer wieder und wieder das Märchen unter der Textilarbeiterklasse verbreitet, die bei einzelnen Firmen eingeführte Dreistufenbedienung beruhe auf einer Abmachung mit den Gewerkschaften. Das ist eine große Unwahrheit. Wir Gewerkschaften, insbesondere mit dem Deutschen Textilarbeiterverband, streift eine solche Abmachung nicht. Auch mit den Betriebsräten sind keinerlei diesbezügliche Vereinbarungen ge-

troffen worden. Es sind im Gegenteil einzelne Weber und Weberinnen durch Zwang, unwahre Behauptungen und Versprechungen zur Dreistufenbedienung veranlaßt worden; einzelne mögen sich vielleicht in Unkenntnis der Sachlage auch freiwillig dazu bereitgefunden haben. Die Einführung der Dreistufenbedienung in einzelnen Webereibetrieben des Landeshuter Tarifbezirks bedeutet nichts anderes als einen Bruch der abgeschlossenen Tarifverträge sowohl seitens der Betriebe als auch der Arbeiter und Arbeiterinnen, die solches willig tun. Wir machen darauf aufmerksam, daß unser Tarifvertrag für den Landeshuter Bezirk ausdrücklich nur die Dreistufenbedienung vorsieht, also zur Bedienung mehrerer Webstühle keine tarifliche Verpflichtung besteht.“

**Wählt
oppositionelle
Betriebsräte!**

Die „Konsequenz“ seitens der Führer der Arbeiterorganisationen gegen diese neuerliche Mehrbelastung und Ausbeutung gekämpft wird, zeigt der Fall einer wegen Verweigerung des Vierstufen-Systems zur Entlassung gelangenen Arbeiterin durch die Firma Meyer Kaufmann-Langenbieren. Während die Frisch, Drieschner, Rang und Dwig in Landeshut die Schuld den Arbeitern in die Schuhe schieben, schlechte Organisationsverhältnisse vorzählen, hält man in Langenbieren die Arbeiter von solidarischer Handlung ab,

man zwingt die Arbeiter, weiterzuarbeiten

und die gemargelte Kollegin wird entlassen. Auch in Landeshut war den Organisationsleitungen das Vorgehen der Firma Hamburger zeitig genug bekanntgeworden, aber nichts wurde unternommen, um die Arbeiter gegen das schändliche Anstehen der Unternehmer zu mobilisieren. Es bedurfte erst des Vorgehens der oppositionellen Kollegen, um die zwiespältige Haltung zu klären.

„Die Trommler“ spielen am Freitag, 15. März um 19 Uhr im „Weißen Rob“ in Altwasser! Heraus!

Es qualmt und stinkt auf dem Gut „Iba-Do!“

Wie bekannt, haben die Landarbeiter laut Tarif das Baden von Brot sowie Lieferung des dazu benötigten Holzes zu beanspruchen. Wie dieses ausfällt, beweist folgende Tatsache: Auf dem Gut „Iba-Do“, Bab-Salzbrunn, ist der Backofen im Kellergehöf der Arbeiter untergebracht. Anstatt lufttrockenen, gepalpenen Holzes wird nur feißig geliefert. Es entsteht ein furchtbarer Qualm. Da die Eltern gezwungen sind, ihre Kinder allein in der Wohnung zurückzulassen, wären die Kinder der einen Familie beinahe erstickt, doch kam die Mutter der Kinder noch zur rechten Zeit, um die Fenster zu öffnen. Desgleichen befinden sich die Aborte in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet. Hier wäre es Aufgabe der Polizei, sich einmal für die Dinge zu interessieren.

Erwerbslosenversammlung in Liebichau

Anlässlich des Reichs-Erwerbslosentages fand in Liebichau eine Erwerbslosenversammlung in feierlichem Saal statt. Genosse Stäbler gab Bericht über die bereits verteilte Wirtschaftshilfe. Da die Wohlfahrtskommission die Bedürftigkeit geprüft hatte, wurden von 23 Lebenden nur 14 Personen mit je 5 Mark und von 20 Verheirateten nur neun Mann, davon drei mit je 10 Mark, fünf Mann mit einem Kinde je mit 12 Mark, ein Verheirateter mit fünf Kindern mit 25 Mark bedacht. Die Erwerbslosen fragten die Vertretung, wo die Versprechungen vom 2. Dezember 1928 blieben. Im weiteren Verlauf erklärte Kollege Mai, daß er seinen Posten als Ausschußmitglied niederlege, da doch nur Kommunisten in den Erwerbslosenvereinigungen referieren, was ihm nicht gefällt, da Mai Reichsbannermitglied ist. Genosse Stäbler erklärte ihm, daß es doch nur die Kommunisten sind, welche die Interessen der Erwerbslosen vertreten, und daß die SPD in den Versammlungen nicht erst erscheint, auch wenn sie bestellt wird. Das beweist der Fall Weißstein.

Autounfall. Am 8. März kam das Lastauto der Groß-Waldenburger Milchversorgung von Altwasser nach Sandberg gefahren. Aus der entgegengekehrten Richtung kamen ein Auto und ein Fuhrwerk. Das Lastauto wich aus und fuhr an den Mast der elektrischen Straßenbahn. Ein Vorderrad zerbrach, Achse und Schutzbleche waren stark verbogen. Ein Insasse des Autos trug eine Verletzung an der Nase davon. Die elektrische Bahn mußte das Auto erst aus den Gleisen ziehen, um weiterfahren zu können.

Konradtschal Erwerbslosenversammlung. In der im „Goldenen Frieden“ stattgefundenen Erwerbslosenversammlung referierte Genosse Sellig-Waldenburg über die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Erwerbslosen. Unter großer Aufmerksamkeit aller Anwesenden zeigte er die Ursachen der enormen Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Republik auf. Die kapitalistische Profitwirtschaft

beseitigen und an deren Stelle die sozialistische Bedarfswirtschaft aufzubauen, ist die notwendigste Arbeit aller Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Genosse Sellig erntete für die einheitsständigen, guten Ausführungen lebhaften Beifall. Nachdem Genosse Fräuer die „Leistungen“ der Gemeinde bei Verteilung der Wirtschaftshilfe zu Weihnachten an Hilfsbedürftige und Erwerbslose unter die Lupe

Porzellanarbeiter, organisiert den Kampf! Die Verbandsbürokratie will nur verhandeln, aber nicht kämpfen

Ein Porzellanarbeiter schreibt uns: Unter dem Druck der Porzellanarbeiter hat die Branchenabteilung des Lohn- und Ueberzettelbundes menschengeliebt. Die Unternehmer haben ebenfalls gestündigt. Die Leitung des Keramischen Bundes nimmt nun in der Nummer 10 des „Keramischen Bundes“ zu dieser Frage Stellung und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Trotz der gewaltigen Steigerung der Arbeitsleistung sind die Verdienste, im Vergleich zur Lebenshaltung, gering. Die Rationalisierungsmassnahmen gingen vielfach zu Lasten der Arbeitskraft oder des Lohnes der Arbeiterschaft.“

Richtig! Das seit dem 1. März 1928 laufende Lohnabkommen war eine Verhöhnung der unter schwersten Bedingungen arbeitenden Porzellanarbeiter. Die Auswirkungen haben sich gezeigt. Man suchte durch Leistungssteigerungen die ausgedehnte Lohnerhöhung herauszufinden. Die Unternehmer brauchen keine Peitsche mehr wie die Sklavenshalter und Fronvdögte. Die Peitsche für den Porzellanarbeiter schwingt jetzt der Tarifvertrag. Die niedrigen Tariftsätze zwingen zur Höchstleistung. Den Mehrverdienst, der durch diese wahnsinnige Schufterei erzielt wird, verjuchten die Unternehmer immer wieder an sich zu bringen. Immer wieder wird versucht, und öfter gelingt es auch, den Stückpreis zu reduzieren, um den verdienten Lohn der niedrigen Affordbasen anzugleichen, worauf der Kreislauf wieder beginnt. Neben der Notwendigkeit, eine zu Lage der Effektivlöhne zu fordern, muß es daher die Hauptaufgabe sein, die tariflichen Mindestlöhne und Affordbasen beträchtlich heraufzuziehen, sie den Effektivverdiensten anzupassen. Es ist klar, daß sich die Unternehmer dagegen mit aller Energie zur Wehr setzen werden. Noch klarer ist aber, daß diese Zustände sich so verschärft haben, daß der Lohndruck so stark ist, daß er allgemein als unerträglich empfunden wird, und die Porzellanarbeitererschaft ist gewillt, in den Kampf zu treten, um eine Aenderung herbeizuführen.

Was sagt nun aber die Leitung des Keramischen Bundes?

Welche Forderungen stellt sie auf? Ist sie gemillt, den Kampf, der unvermeidbar ist, wenn nicht die Forderungen der Arbeiter erfüllt bleiben sollen, vorzubereiten und durchzuführen? Nichts von alledem! Der „Keramische Bund“ schreibt in der Nr. 10: „Es bedarf wahrscheinlich auch dieses Mal wieder aller Anstrengungen der Verhandlungskommission und der Organisationsleitung, um für die Arbeiter und Arbeiterinnen der feinkeramischen Industrie ein günstiges Resultat zu erzielen.“ Das zeigt klar und deutlich das Programm der Bundesleitung. Man will keinen Kampf.

Was soll man insbesondere zu folgendem Satz sagen: „Die Ab-

nahm, wurde ein Erwerbslosenrat, bestehend aus den Kollegen Jachke, Demuth und Wagner gewählt. Ein formulierter Sonderzuweisungsantrag wurde dem Gemeindevorsteher überreicht. Ebenfalls wurde ein Antrag an das Arbeitsamt Waldenburg gestellt, welcher unter Angabe von wichtigen Gründen befragt, die Meldung zur Stempelkontrolle für Erwerbslose aus Konradtschal auf zwei Tage herabzusetzen. Mit der Aufforderung an die Versammelten, die öffentlichen Gemeindevertretungen zahlreich zu besuchen, wurde die interessante und erfolgreiche Versammlung geschlossen.

stichten der Unternehmer, ob und wieviel sie der Arbeiterschaft Lohnzulage haben wollen, ist bisher noch nicht bekanntgeworden.“ Soll das Fronte sein? Anstatt die der Bundesleitung betannten Forderungen der Porzellanarbeiter zu veröffentlichen und den Kampf um sie vorzubereiten, macht man blöde Redereien. Wir würden uns gar nicht wundern, wenn Herr Manninger gleich in seinem Geschreibsel den Beweis zu führen versucht hätte, daß es den Porzellanarbeitern beim besten Willen nicht möglich ist, der Arbeiterschaft irgendwelche Zugeständnisse zu machen, und daß das die Betriebsräte einsehen müßten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen mögen sich diesen Artikel im „Keramischen Bund“ einmal genau durchlesen, sie werden dann zu der Ueberzeugung kommen, daß ihre Interessen schon von vornherein verraten sind.

1. Um was geht es in der Hauptsache?
2. Die Effektivlöhne müssen um 15 Prozent erhöht werden.
3. Die Affordbasen müssen eine Erhöhung von mindestens 25 Prozent erfahren.
4. Die Mindestlöhne müssen so erhöht werden, daß der niedrigste Satz höchstens 25 Prozent unter der Affordbasis der jeweiligen Gruppe liegt.
5. Die Ortsklasse B muß so abgeändert werden, daß die Löhne der 15-16jährigen Arbeiter sowie der im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit Beschäftigten nicht mehr als 20 Prozent unter den Höchstlöhnen liegen dürfen.

Waldenburg mit den Betrieben Krister, Tiesch, Ohme und Brauje muß wieder in die Ortsklasse A eingruppiert werden.

Ein Ueberarbeitszeitabkommen ist nicht mehr abzuschließen. Der Stufenkurentag muß für die besonders gesundheitschädlichen Abteilungen gefordert werden.

Das sind unsere Forderungen, die angesichts der ungeheuren Ausbeutung, die gerade in der Porzellanindustrie herrscht, erhoben und für die mit allen Mitteln gekämpft werden muß. Auf dem Wege der Schlichtung oder am Verhandlungstisch sind diese Forderungen nicht zu erreichen. Die Porzellanarbeitererschaft muß den Kampf vorbereiten, indem sie Kampfleistungen wählt, und darf sich dabei nicht auf die Verbandsbürokratie verlassen. Nehmt in den Versammlungen Stellung zu diesen Forderungen und wählt für eure Betriebe Kampfleistungen. Nur dann, wenn Kollegen aus eurer Mitte den Kampf führen, wird die Gewähr gegeben sein, daß nicht Rücksicht genommen wird auf die Belange der deutschen Porzellanindustrie (des Profits der Unternehmer), sondern daß eure Interessen und Lebensnotwendigkeiten, eure Forderungen rücksichtslos vertreten werden.

Aus dem Riesengebirge

Todessturz von der Treppe. In Grünau stürzte der im Hause Nummer 2 wohnende Arbeiter Wehrich, als er die Treppe hinuntergehen wollte. Er brach sich das Genick und war sofort tot. Der Verunglückte hinterläßt Frau und Kind.

Arbeitersport

Kreismeisterschaften der Athleten

„Eiche“ Liegnitz Kreismeister
In der überfüllten Anderjßen-Turnhalle trug am Sonntag nachmittag der 1. Kreis Schlesien seine Mannschaftsmeisterschaften im Ringen aus, welche guten Sport und nicht erwartete Ueberraschungen brachten. Das erste Treffen Sportvereinigung „Nordost 03“ Breslau gegen „Einigkeit“ Langenbielau sah Breslau in der Vorrunde erfolgreich, während die Langenbielauer dank ihres Eifers die Rückrunde für sich buchen konnten. Einen ausgeglichenen Kampf bildete die Begegnung „Eiche“ Liegnitz gegen Sportvereinigung „Nordost 03“ Breslau, in welcher die Liegnitzer durch ihre Siege im Fliegen-, Leicht- und Mittelgewicht die Vorrunde für sich entscheiden konnten, in der Rückrunde mußte „Nordost 03“ ebenfalls die Punkte an Liegnitz abgeben und verlor nach langen Jahren seinen Meistertitel. Der entscheidende Gang sah in Liegnitz und Langenbielau zwei Provinzvertreter im Endkampf, die sich einen harten, erbitterten, aber fairen Kampf lieferten, der in der Vorrunde unentschieden blieb, und im Rückkampf dominierten die Langenbielauer in den unteren Klassen und gewannen knapp. In Punkten und Siegen waren beide Vereine gleich und entschied die kürzere Zeit der Siege zugunsten der Liegnitzer, die 3:50 Minuten besser waren. Die Resultate der einzelnen Treffen sind folgende: Sportvereinigung „Nordost 03“ — „Einigkeit“ Langenbielau 14:14; „Eiche“ Liegnitz — Sportvereinigung „Nordost 03“ 16:12; „Einigkeit“ Langenbielau — „Eiche“ Liegnitz 15:13.

Kreismeister für 1929 in Klasse A: 1. „Eiche“ Liegnitz, 2. „Einigkeit“ Langenbielau, 3. Sportvereinigung „Nordost 03“ Breslau.

Im Ringen der Schüler sowie Gewichttheben der B-Klasse wurde die Freie Sportvereinigung 1897 ohne Gegner Kreismeister. Abwechslung boten die gute artistische Nummer der Sportvereinigung „Nordost 03“ sowie die wirkungsvollen Jujitubemonstrationen der Freien Sportvereinigung 1897, welche guten Anklang fanden.

Sportvereinigung Nordost 03. Schülerabteilung. Unser Uebungsbetrieb ist wieder voll aufgenommen. Am Donnerstag erscheint alles pünktlich um 17,15 Uhr am Waterlooplatz.

Niederschlesien

Görlitz

Achtung!!

Alle Werktätigen von Görlitz kommen zur

„März-Gesankenen-Freier“

am Freitag, dem 15. März, 20 Uhr, ins Konzerthaus.
Eintritt 50 Pfg. Kassenöffnung 19 Uhr. Erwerbslose 25 Pfg.
Rezitationen, Musik, Ansprache, Theater.
Programme im Vorverkauf, Geschäftsstelle Lunitz 6.

Wo war die Polizei?

Groben Unfug, durch den Passanten belästigt wurden, verübten zwei Schüler höherer Lehranstalten am Donnerstagabend, gegen 22 Uhr, im Durchgang Obermarkt-Klosterplatz. Diese Burschensöhne, mit Lorbeer bekränzt und Wäandern geschmückt, natürlich schwarzweigröt, kamen aneinander von einer Feier der Reifeprüfung. Daß sie im Rasen ihren Vätern würdig sind und die richtige Reife-Prüfung in der Furcht von Alkohol erreicht haben, zeigte ihr herausforderndes Benehmen. Stark angetrunken, grölzten sie auf der Straße und belundeten ihren „Frontgeist“ mit Exzerzielen. Wahrscheinlich das wichtigste Fach in den höheren Lehranstalten. Einer von diesen Ausermählten hatte so reichlich im Biergloße kubierte, daß er bestimmungslos im Rinnstein lag, vielleicht der aussichtsreichste Kandidat für die Biersempfer der Universität. Kein Schwub zeigte sich, um die Ansehlichkeit zur Wache zu bringen. Ober ist der bekannte Weg zur Wache nur für die Arbeiter notwendig? Gerade am Obermarkt kommt die Polizei dem Befehl „Durchzugreifen“ immer mehr, wenn junge Arbeiter aus dem Heimabend der kommunikativen Jugend kommen und angeblich durch lautes Sprechen nächtliche Ansehlichkeit verursachen. Aber, das sind ja, wie gesagt, nur Arbeiterjungen!

Deutsches Offiz. In einer gutbesuchten Erwerbslosenversammlung am 7. März nahmen die Erwerbslosen von Deutsch-Litz und Klein-Neundorf Stellung zum Erwerbslosensicherungsgesetz. Der Genosse Rodde-Görlitz sprach in seinem 1 1/2stündigen Referat über die Entziehung des Arbeitslosenversicherungsgeldes und seine nachteiligen Folgen für die Erwerbslosen. Die Sonderbestimmungen bezeichnete der Referent treffend als Generaloffensive der Bürgerblock-Regierung auf die wenigen Rechte der Erwerbslosen. Vor allem forderte der Referent die Anwesenden auf, einen Ausschuß zu wählen, denselben zu unterstützen, um durch geschlossenes Vorgehen die Gemeinden zur Zahlung von Wirtschaftshilfen für Unterhaltungsbedürftige zu veranlassen. In der Diskussion sprachen Erwerbslose über die Notwendigkeit eines solchen Ausschusses in ihrer Gemeinde, da die Gemeinden der Not der Arbeitslosen bisher wenig Verständnis entgegengebracht haben. Die Versammlung wählte einen Ausschuß von vier Kollegen. Der Ausschuß wird sich sofort für die Forderungen der Erwerbslosen einsetzen, um das nachzuholen, was die Ausschüsse in anderen Gemeinden für ihre arbeitslosen Kollegen herausgeholt haben.

Sagan

Saganer Allerlei

Leier der „Arbeiter-Zeitung“ werden im Konjum nicht bejählig! So berichtet uns ein arbeitsloser Leier unserer Zeitung, der früher schon einige Anschläge im Konjum machte. Jetzt war er wieder vom Vorgesetzten zur Anstalt bestellt. Das gefiel dem SPD-Mann und Betriebsrat Der las nicht. Stattdem ließ er zum Lagerhalter und forderte die Entlassung unseres Leiers, einen anderen auf Verlas Spuren befindlichen zur Einstellung vorschlagend. Obwohl der Lagerhalter erklärte, daß unser Mann zur Zufriedenheit arbeite, der andere aber weniger tüchtig sei, ließ Der las noch zum Geschäftsführer Feller und erreichte wirklich, daß unser Abonnent entlassen und der von Der las vorgeschlagene eingestellt wurde. Das Verhalten dieses Betriebsrates bedarf keines Kommentars!

Der Verein für Bewegungsspiele bittet uns mitzuteilen, daß seine Mitglieder für den Dienstag im Ballsaal während des

Maskenballes nicht verantwortlich sind. Das Zimmer, in dem der Diebstahl verübt wurde, grenzt an den Saal und kann von jedem betreten werden.

Was sollen die Erwerbslosen machen? Diese Frage beantwortet der Kreisleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes dahingehend, daß die Erwerbslosen in ihren Löhnen bleiben sollen. Unser „Freund“ Art befindet sich in holden Uebereinstimmung mit dem heiligen Gewerkschaftskartell, das Erwerbslosenversammlungen ablehnt und darüber Beschwerde führt, daß sich die Erwerbslosen im Erwerbslosenausfuch eine Vertretung geschaffen haben, nachdem es die Gewerkschaften bzw. ihre reformistischen Führer abgelehnt haben, für die Erwerbslosen einzutreten.

Die Textilarbeiter verdienen genug. Dieser Ansicht scheinen die Bürokraten des Textilarbeiterverbandes zu sein. Darum haben sie vor kurzem auf einer Konferenz beschlossen, den Lohnsatz nicht zu mindern. Einige von diesen Herren schienen aber doch Bedenken zu haben, dieses vor der Mitgliedschaft zu vertreten. Darum forderten sie eine Einschränkung des obigen Beschlusses. Also wurde hinzugefügt, wenn nicht besondere Umstände eintreten. Diese besonderen Umstände aber können nur die Proleten verursachen, indem sie die Herrschaften zwingen, den Tarif am 31. März zu mindern. Wir glauben schon, daß die Herren Verbände angestellten einer Lohnerhöhung nicht so dringend bedürfen wie wir Textilproleten. Arbeiter, höbert die Herren aus ihrer Ruhe auf. Der Lohnsatz muß gekündigt werden. Die Unternehmer verlangen Lohnsabotage. Auch wenn der Lohn nominell nicht abgebaut wird, so liegt doch jetzt schon eine reale Lohnsenkung vor, angesichts der Preissteigerungen auf allen Gebieten. Wollen wir uns das gefallen lassen? Darum, trefft alle Vorbereitungen! Kämpft für eine ausreichende Lohnerhöhung!

Hagnau

1200 Erwerbslose in Stadt und Land.

Das Elend der Erwerbslosen vergrößert sich von Tag zu Tag. Beim hiesigen Arbeitsamt waren am 1. März 1929 1216 Personen erwerbslos gemeldet, davon waren 933 Unterhaltungsempfänger männlich und 285 Personen weiblich. Krisenunterstützungsempfänger waren 41 männlich und 2 weiblich. Auf den Stadtbezirk entfallen 540 männliche und 160 weibliche Unterhaltungsempfänger. Dem Wohlfahrtsamt zugewiesen waren 70 ausgeheuerte Erwerbslose.

Anmeldung der schulpflichtigen Kinder.

In diesem Jahre sind alle diejenigen Kinder zur Schule anzumelden, die in der Zeit vom 1. Juli 1922 bis zum 30. März 1923 geboren sind. Anmeldestag ist der 14. März. Bei der Anmeldung sind von allen Kindern die Impfscheine und von den auswärtigen Geborenen außerdem noch die Geburtsurkunde und der Tauffchein vorzulegen. Wiederanzumelden sind auch die im vorigen Jahre vom Schulbesuch befreiten Kinder. Der erste Schultag ist am Dienstag, dem 2. April, um 7 Uhr vormittags.

Aus der Bewegung. Am Mittwoch, dem 13. März, um 20 Uhr, findet im Versammlungszimmer des Parkrestaurants der zweite Kurzusabend mit dem Thema „Der 6. Weltkrieg“ statt. Hierzu haben alle Genossen der Partei und die NSD-Kameraden mit ihren Frauen zu erscheinen.

Liegnitz

Die Märzgejakenfeier findet Freitag, den 15. März, um 20 Uhr, im Wintergarten statt. Einladkarten sind schon jetzt bei Jähe, Dodestraße 20, und bei Kuhn, Ritterstraße 9, zu haben.

Todessturz vom Dach. Am Sonnabendvormittag waren zwei Männer auf dem Hause Gartenstraße 2 mit der Reinigung des Daches vom Schnee bejählig. Der ältere von beiden, der 64jährige Dachdecker Karl Winter aus Albedern hatte sich hierzu angeeilt. Plötzlich riß das Seil, das offenbar nicht gewaschen war, und der Unglückliche stürzte auf die Straße. Da die Schindelbede aufplatze und sich der Abgehürzte noch andere Verletzungen zuzog, trat der Tod auf der Stelle ein.

Schweidnitz
Sonnabend, den 16. März 1929
findet in der „Stadt Breslau“ die
4. Gründungs-Feier
des „Roten Frontkämpfer-Bundes“
statt.
Oeffentl. Kameradschafts-Fest
verbunden mit großem Preisschießen
1. Preis ein Fahrrad
Ausgestellt bei Fa. Tönsmann, hier
Anfang 7 Uhr

3. Reichskonferenz der ZNS. Ostern in Dresden

Erfolgreiche Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe.

Ostern treffen sich in Dresden über 200 Delegierte in den städtischen Sälen zur 3. Reichskonferenz...

Ueber eine halbe Million Mark für Wirtschaftskämpfe.

Ebenso wurde die Kinderhilfe in hervorragendem Maße gesteigert. Tageskinderheime und Ferienheime bestehen mit Abschluß des Berichtsjahres in Lübeck, Müden a. d. Dörze, in Kemnitz, in Ostend, in Stuttgart, in Sillenbrunn und Garmstadt, in Chemnitz, in Freital i. Sa., in Neutal und Nichtenberg (Berlin), Werneuchen bei Berlin. Dazu wurden den Sommer über Naturfreundehäuser belegt und in Hellerau

78jährige Frau vom Kloster ins Irrenhaus Tost geschafft und verstorben

Der verheiratete Sohn soll die Kosten tragen — Gindener Magistrate droht mit Zahlungsbefehl

Der Magistrat der Stadt Gindenberg hat sich erneut ein Glanzstück sozialer Fürsorge geleistet. Die 78jährige Mutter des Arbeiters Dron war bis März 1927 im Kloster in Diklupitz. Ohne Wissen des Sohnes schaffte man die alte Mutter nach der Irrenanstalt Tost, wo sie am 24. Oktober 1928 verstarb.

Die entstandenen Kosten von 488,50 Mark ausschließlich 4 Prozent Zinsen fordert der Magistrat durch einen Zahlungsbefehl, den er dem Sohne der Verstorbenen zustellen ließ. Dron ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Er ist als Grubenarbeiter beschäftigt und hat 25,85 Mark an Wohnungsmiete, außer dem Licht- und Wasserzins zu zahlen. Die vielen Abzüge für Sozialbeiträge bringen es mit sich, daß er das Leben mit seiner Familie notdürftig zu führen gezwungen ist.

Die alte Frau, die man mit 78 Jahren nach der Irrenanstalt schaffte, soll nicht irrsinnig, sondern nur kindisch gewesen sein, was man bei vielen alten Leuten feststellen kann. Keine Methoden, die man

bei Dresden ein Gebäude gemietet. Insgesamt wurden von der 2. bis zur 3. Reichskonferenz 5800 Kinder in Heimen untergebracht und bei den täglichen Spielen und Spielen im Freien 100.000 Kinder betreut. So wurden allein während des Ruhrkampfes 2800 Kinder in Berlin, Dresden, Mannheim, Offenbach, Köln usw. untergebracht. Die Summe der aufgetragenen Mittel für die Kindertransporte beträgt 220.000 Mark.

Durch die ZNS, proletarische Kulturveranstaltungen, Lichtbildervorträge, Filmabende, wurde im Rahmen der modernen Arbeiterbewegung auch ein großes Stück proletarischer Kulturarbeit geleistet. Wurden doch u. a. insgesamt 1761 Lichtbildervorträge durchgeführt mit insgesamt 800.000 Besuchern. Die noch allen in guter Erinnerung stehenden Aufführungen der „Blauen Blusen“ wurden von insgesamt 112.000 Arbeitern besucht.

Die ZNS labet alle sympathisierenden Organisationen zur 3. Reichskonferenz nach Dresden ein und wir glauben, daß die ZNS auch weiterhin als Hilfsorganisation des kämpfenden Proletariats ihre Arbeiten verdoppeln wird.

Auch in Oberschlesien steht die Arbeiterschaft vor Wirtschaftskämpfen. Die Bergarbeiter bereiten den Arbeitskampf und Lohnkampf vor. Daraus erwächst dem Proletariat die unbedingte Aufgabe, die Internationale Arbeiterhilfe tatkräftig zu unterstützen. Werdet auch ihr Mitglieder der ZNS, des Solidaritätsrats der Arbeiterklasse im Wirtschaftskampfe. Liebt praktische Solidarität!

Landessekretariat der ZNS, Oppeln, Bleichstraße 10.

träge. Wir sagen einige, denn eine ganze Anzahl Vortragende, besonders die Vertreter der Eisenbahn, versuchte mit aller Macht der Offenlichkeit weizumachen, daß alles bei der Eisenbahn in bester Ordnung ist. Die Eisenbahner werden es besser wissen, und daher wollen wir uns hierzu nicht äußern. Für die Samartlerkolonne sprach vor einem vollen Saal am Mittwoch dieser Woche Herr Dr. Amocel über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“. Ebenfalls gut besucht war der gleiche Vortrag im alten Schützenhaus am darauffolgenden Freitag. Zwei weitere Vorträge hielt der Vorhänger der Kolonne Genosse Ubor in Vogtsdorf und Frauendorf bei gutem Besuch.

Die Unfallverhütungswache ist beendet. Die Arbeiter-Samariterkolonne hat die Gelegenheit benützt, um der Offenlichkeit zu zeigen, daß sie auf der Höhe ist, der lebendigen Umwelt und besonders den Arbeitskräften in den Betrieben, ihrer Aufgabe gemäß, erste Hilfe zu leisten. Das ist ihr vollumfänglich gelungen.

Oppeln in Ratich

Büchles Verlangen der Straßenreinigung.

Oppeln, die Provinzialhauptstadt von Oberschlesien (man muß das schon sagen, denn die meisten Leute glauben nicht, wenn sie den Dreck sehen), geht den anderen Städten in Bezug auf Unsauberkeit in den Straßen mit gutem Beispiel voran. Man kann es dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Dr. Berger nicht abschreiben, da er von dem Dreck, in dem Oppeln schwimmt, nicht weiß, weil er im Auto die Straßen durchquert. Rasse Hübe bekommt er auch nicht. Die werktätige Bevölkerung, die mit ihrem Schweiß schlecht bestellt ist, fordert die sofortige Reinigung der Straßen vor dem Ratich. Die Arbeiter haben nicht länger Lust, sich von den durchrasenden Autos den Dreck ins Gesicht schleudern zu lassen.

Wie wäre es, wenn die Reichswehr und die Schutzpolizei zum Straßenreinigungsdienst herangezogen werden würden, da würde ein sehr großer Teil dieser Leute etwas Nützliches schaffen!

Die Erwerbslosen demonstrieren

Die Erwerbslosenunterstützung am vergangenen Freitag war bedeutend besser besucht als am Mittwoch. Der Zug mit Transparenten „Gibt uns Arbeit und Brot“, „Weg mit der Sozialministerkolonne“, „Wir fordern für alle Krisenfürsorge“ usw., bewegte sich vom Schützenhaus nach dem Regierungspalast, wo Genosse Bistrup die Kundgebung eröffnete und gleich dem Kollegen Gätzig, der in Berlin an dem Reichserwerbslosentag teilnahm, das Wort ergriff. Er schilderte die Kampfstellung der Berliner Erwerbslosen trotz Summenaufruf des SPD-Vollzugspräsidenten. Die Lösung war, nicht zu kullieren, sondern demonstrieren. Ueber die Ergebnisse der Konferenz soll in der nächsten Versammlung gesprochen werden. Stürmische Zustimmung erhielt Gätzig, als er mitteilte, daß er mit Max Hübner gesprochen und ihm dieser mitgeteilt habe, er würde in nächster Zeit auch einmal nach Oppeln kommen.

Nach Gätzig sprach dann noch Kollege Zeidler im Auftrage der Delegierten der Eisenbahnwagenwerker und betonte, daß die heute im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter mit den Erwerbslosen an einem Strang ziehen müssen. Die Forderung sei: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Nach einem kurzen Schlusswort von Gätzig, der auf die Haltung des Magistrats und der Zeitungen in Oppeln einging, fand die Kundgebung ihr Ende.

Arbeit für Armenunterstützung.

Die Armenunterstützungsempfänger müssen also für die wenigen Pfennige weiterer Arbeit verzichten, die ihnen nicht einmal zu einer neuen Anwartschaft für die Erwerbslosenunterstützung angerechnet wird. Es handelt sich bei den Armenunterstützungsempfängern durchweg um vollständig ausgekeuerte, die man hier mitbringt, und deren schlechte wirtschaftliche Lage man ausnützt. Die Armenunterstützungsempfänger müssen jetzt zur Selbsthilfe greifen.

Juristische Sprechstunde

findet jetzt jeden Donnerstag von 10—11 Uhr im Büro des „Eisenbahner-Schos“ Oppeln, Hintermarkt, statt.

Vogtsdorf und Winau gegen den „Kurier“

Im „Kurier“ stand dieser Tage eine Nachricht, wonach die Bewohner von Vogtsdorf und Winau dadurch, daß sie über die Fehlbahn nach der neuen Volkstraße zur Stadt den Weg kürzten, den betreffenden Besitzern die Saaten zertreten. Der „Kurier“ ist dabei wieder einmal schlecht unterrichtet gewesen, wenn er die Dorfbewohner dafür verantwortlich machen will, denn in Wirklichkeit sind es die Winterportler, die mit Schlitzen und Eis nach Winau diese Wege getreten haben, weil sie zu faul waren, die richtigen Wege zu benutzen. Die Bewohner von Winau und Vogtsdorf verbieten sich dergleichen falsche Anschuldigungen ganz gehörig, und einige haben, wie uns mitgeteilt wird, daraufhin den „Kurier“ sofort abbestellt.

Räteulage für die städtischen Arbeiter

Wie wir erfahren, hat sich der Magistrat in seiner letzten Sitzung mit dem kommunistischen Antrag beschäftigt, allen städtischen Arbeitern und Notstandsarbeitern einen Rätezuschlag in Höhe von 20 Mark zur Unterstützung zu bringen. Zu einem Beschluß ist man noch nicht gekommen, da man erst Erhebungen über die finanziellen Auswirkungen anstellen will.

Die städtischen Arbeiter und Notstandsarbeiter müssen jetzt den nötigen Druck dahinterlegen, denn sonst besteht die Gefahr, daß der Magistrat die ganze Sache verschleppt.

Fundfächer

Im Fundbüro (Rathaus Zimmer 5) ist in der Zeit vom 2. bis 8. März als gefunden abgegeben worden eine Aktentasche mit einer Zigarettenpackung und einem Handtuch. Als zugelaufen wurde gemeldet ein gut abgerichteter Schäferhund. Als verloren wurden gemeldet: zwei Geldtaschen mit 40 bzw. 10 Mark Inhalt, eine goldene Damenuhr, ein Hundert- und ein Zehnmarkschein, ein goldener Ohrring, ein Paar graue Ubergamaschen und eine Aktentasche mit Zettelschiffen und Zetteln.

Hochwasserjäh

Der Herr Oberpräsident der Provinz Oberschlesien beabsichtigt, eine neue Polizeiverordnung zur Verhütung von Hochwassergefahren zu erlassen. Durch sie werden insbesondere die Interessen der Eigentümer und Nutzer von Grundstücken im Hochwasserabflußgebiet, von Hochwasserfreien Grundstücken, die der Unterhaltung ausgesetzt sind, von dem Stromtrieb des Hochwassers liegenden Grundstücken sowie von Ufergrundstücken und der dahinter liegenden Grundstücke berührt.

Der Entwurf zur beschriebenen Polizeiverordnung liegt gemäß § 284 Abs. 5 des Wassergesetzes sechs Wochen lang, und zwar in der Zeit vom 11. März bis 21. April d. J., zur Einsichtnahme bei der städtischen Polizeiverwaltung im Rathaus (Zimmer 4) aus. Durch die Auslegung soll den Beteiligten Gelegenheit gegeben werden, Bedenken gegen die Polizeiverordnung vor ihrer Erlassung vorzubringen. Dies kann schriftlich oder zu Protokoll bei der städtischen Polizeiverwaltung geschehen.

Jungarbeiter herrsch!

Am Mittwoch, dem 13. März, findet von der Roten Jungfront anlässlich des IV. Märzangebotes ein Lichtbildvortrag „Der Jahre Rote Jungfront“ im alten „Schützenhaus“ um 10.30 Uhr statt. Wir machen die arbeitende Jugend auf diese Veranstaltung aufmerksam und fordern zur zahlreichsten Beteiligung auf.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen: Mittwoch, Belle Zentrum, Freitag, den 15. März, um 10.30 Uhr im „Stadt-Wien“, Cofler Straße, Mitgliederversammlung.

Dgans Rosenkranz-Sterbefälle macht Bleite

Pfarrer Dgan muß in seinem letzten Pfarrgemeindefest für Agl. Neuborf die alle Katholiken niederschmetternde Mitteilung machen, daß die Rosenkranzsterbefälle vor der Bleite steht. Die Einnahmen betragen im ganzen Jahre 123,50 Mark und die Ausgaben für Sterbeunterstützungen 900 Mark, bleibt also ein Mantel von 777,50 Mark. — Woran liegt das nun? Hören wir, was Dgan selbst schreibt:

„Man sind dieser Klasse nur die ganz alten Mitglieder des Rosenkranzes beigetreten. Die jüngeren wollen es erst fünf Minuten vor dem Tode tun. Eine Klasse kann natürlich nicht bestehen, wenn nur alte, dem Tode nahe Leute Mitglieder werden. — Rechnet euch einmal aus, wie lange sich eine Klasse halten kann, in die nur alte Leute eingeschrieben werden und in die auch ihr erst ein Jahr vor eurem Tode euch aufnehmen lassen wollt.“

Tatsächlich waren von den 32 Verstorbenen im Jahre 1928 30 zum Teil recht weit über 50 Jahre und nur 2 unter 50 Jahren. Vergeblich appelliert Dgan an die christliche Nächstenliebe der Rosenkranzmitglieder mit dem Erfolg (da er selbst keinen Handgriff ohne Geld macht), seine Rosenkranzmitglieder zu ganz abgemessenen Spenkungen zu erziehen. Er hat ihnen das Rechnen mit Geld beigebracht und aus gläubigen Krämerseelen gemacht, die nur materielle Vorteile erwarten. Darüber brauchte er sich eigentlich gar nicht weiter zu wundern, denn sie folgen da nur seinem Beispiel.

Wie so ein Rosenkranz-Begräbnis ausfällt, darüber schreibt er: „Die Leiche wird im Hause abgeholt, in die Kirche gebracht, dort werden Psalmen gesungen, ein Requiem mit Kondukt und Salbe gehalten, dann wird die Leiche auf den Friedhof gebracht, dort finden vorgeschriebene Gebete statt, dann wird ein Lied gesungen und ein kurzer Dank ausgesprochen allen, die am Begräbnis teilnahmen. Dafür haben die Hinterbliebenen nichts zu zahlen. Wird etwas Außerordentliches gewünscht, z. B. Wiltensz, zweite Rede usw., dann müßte das taxmäßig bezahlt werden.“

Also streng nach Vorschrift. Einige Worte mehr, dann „taxmäßige Bezahlung“. Warum das? Bezieht ein solcher Diener des Herrn nicht ohnehin schon ein anständiges Gehalt von über 600 Mark den Monat? Wo bleibt da die christliche Nächstenliebe? Warum verlangt er etwas von den Rosenkranzmitgliedern, das er selbst nicht besitzt?

Kreuzburg

Weit über 600 Nationalisierte demonstrieren

Auch in unserer Stadt demonstrieren die erwerbslosen Kollegen am Reichserwerbslosentag für ihre Forderungen. Um 11 Uhr versammelten sich die Kollegen in der Reithahn. Das Verlangen des Ausschusses, die Turmhalle freizugeben, lehnte der Magistrat ab mit der Begründung, daß kein Kreis zum Zeigen da sei. Dem Magistrat können wir versichern, daß die Kollegen zur Selbsthilfe greifen werden, da die Begründung durchaus für sie keine sich haltende war.

Als Vertreter des Bezirks-Erwerbslosenausschusses sprach der Genosse Drzymalla aus Beuthen. Die Ausführungen fanden die vollste Zustimmung der Anwesenden. Anschließend formierten sich die Kollegen zu einem Demonstrationenzug, beteiligt haben sich weit über 600 Personen, und marschierten auf den Ring, wo eine kurze Demonstrationenabteilung abgehalten wurde. Als man gegen die Magistratspolitik Stellung nahm, glaubte der Herr Polizeikommissar einschreiten zu müssen. Dem disziplinierten Verhalten der Proleten ist es nur zu verdanken, daß es zu keinem Zwischenfall gekommen ist. Am Landratsamt löste sich der Zug auf.

Die werktätige Bevölkerung wird den Parteien, die zu den Kommunalwahlen um ihre Stimme werden werden, die richtige Antwort geben, und zwar durch die Stimmabgabe für die Kommunisten.

Banauer Arbeiter vor dem Klassenrichter

Am 25. Februar hatte Kreuzburg seinen großen Tag. Acht Arbeiter standen in der Anklagebank. Unter harter polizeilicher Wache wurde die Verhandlung geführt. Beim Silberrummel kam es in Banau zu einer Schlägerei zwischen Landeschützen und Proleten. Während des Bergungers wurde auf beiden Seiten gesungen. Den Provokateur zu der Schlägerei spielte der Feischer Richard F. der Mitglied des Landeschützenbundes ist. Es erscheint doch recht eigenartig, wenn F. zum Silberrummel einen Ohrenjäger mitbrachte. Als der Arbeiter Loch in den Saal trat, versuchte F., ihn

anwendet, um alte Leute loszuwerden. Man schilt solche Leute nach dem Irrenhaus. Es wäre doch interessant, zu erfahren, wer die Verschuldung verursacht hat?

Und jetzt verlangt der Magistrat von dem Sohne die Erstattung der Kosten. Höher geht es einfach nicht mehr. Das, was man sich da geleistet hat, geht auf keine Kuhhaut mehr. Verantwortlich hierfür ist der zentralistische Wahlkreisbezirk.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat sich dieses Falles angenommen und wird die Schuldigen, die eine 78jährige alte Mutter ins Irrenhaus geschickt haben, und die dann dort verstarb, zur Rechenschaft ziehen.

Die werktätige Bevölkerung erhebt aus diesem Falle die beste Illustration bürgerlicher „Sozialpolitik“, die die bürgerlich-sozialdemokratische Herrschaft des Magistrats betreibt. Die Lehre hiervon zu ziehen, dürfte einem jeden Werktätigen nicht mehr schwer fallen.

angepöbeln. Und es währte nicht lange, und die von den Landeschützen angegriffene Schlägerei war im vollen Gange.

Bei der Verhandlung leugnete der Falsch F., daß er mit dem Arbeiter Loch zusammengewirkt sei. Die übrigen Landeschützen als Zeugen — die Arbeiter saßen auf der Anklagebank — wollten nichts gesehen, sondern nur gehört haben.

Das Gericht verurteilte die Arbeiter Loch zu acht Monaten Gefängnis, Stammlos zu sechs Monaten, Bally und Winkler zu je zwei Monaten und zwei Wochen, Walle zu einem Monat Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Proleten haben gegen dieses Klassenurteil Verührung eingelegt. Kommentar überflüssig!

Neustadt

Noch einmal „Kupla“!

Wie eine Henne ihre Küden bewacht, so bewacht der Hausbesitzer Kupla, Waderstraße 15, seine Mieter; ja er ist sogar bewacht, äußere „schädliche“ Einflüsse von ihnen fernzuhalten. In seinem Hause wohnt eine 83jährige Frau. Selbst unfähig, ihre Besorgungen zu machen, läßt sie sich von einem Mädchen einer befreundeten Familie ihre Einkäufe usw. verrichten. Zu den Gängen, die das Mädchen macht, gehört u. a. auch, daß es täglich die Armeensuppe, hier als „Mudelsuppe“ bekannt, holen muß. Als Gegenleistung teilt die Greisin diese Suppe mit dem Mädchen. Das scheint aber dem Herrn Kupla nicht zu passen, denn er verbietet dem Rinde samt seinen Eltern das Betreten seines Hauses. Diese an Größenwahn grenzende Diktaturmaßnahmen charakterisieren den Hausbesitzervertreter in der Wohnungskommission wohl zur Genüge.

Oppeln

Ein Rückblick

Die Reichs-Unfallverhütungswache ist beendet. Sang- und Klanglos schlossen sich am vorletzten Sonntag, nachdem in den letzten zwei Tagen der Besuch sowie abblaute, die Porten der Ausstellungs-räume. Reichsunfallwache, sagte die Arbeiterschaft! Vielleicht mit Recht! Denn an der ganzen Veranstaltung sah man das Diktum des Ruch und nicht des freiwilligen Willens. Sah man einerseits, daß die Regierung der Aussteller wie Berufsvereinigungen, Krankenkassen und auch Regierung nur sich einer lästigen Verpflichtung gegenüber dem Ministerium entledigten (das konnte man an der Dürftigkeit des Materials erkennen), so war andererseits erst recht nichts festzustellen, was auf das Antreibesystem in den Betrieben, die schlechten Schutzmaßnahmen und deren Folgen, verschuldet durch das Unternehmertum, hinwies. Die beste Aufklärung dürfte wohl das städtische Elektrizitätswerk und die Arbeiterjamariterkolonne gebracht haben. Besonders bei letzterer sah man, daß mit Liebe und Verstand der Aufbau der Ausstellung vor sich gegangen war, trotz des ungenügenden Materials auf statlichem Gebiet über Ursachen und Ursache im Betrieb und auf der Straße, das noch unbedingt beschafft werden muß für die Zukunft und leider für diese Ausstellung infolge der kurzen Zeit zwischen Vorbereitung und Ausstellung nicht beschafft werden konnte. Ständig war der Ausstellungsstand der Arbeiterjamariter von Besuchern umlagert. Täglich von 8 Uhr früh bis 10 Uhr abends waren unsere Samariter und besonders die Samariterinnen auf dem Boden, um den Besuchern kurze Aufklärung, manchmal Tag bis fünfmal, über die Verwendung des ausgestellten Materials zu geben. Und man muß sagen, daß die Samariter mit Geduld und Eifer ihre Aufgabe, die sie vollständig ehrenamtlich versahen, erledigten. Sehr enttäuscht hat besonders die bürgerlichen Besucher der Stand des Roten Kreuzes, der nicht nur recht dürftig ausfiel, sondern auch noch selten von einem diensttuenden Sanitäter besetzt war. Der Stofsitzer des Rotkreuz-Vorsitzenden: „Unsere Damen sind zu sein, sich am Dienst zu beteiligen“, ist demnach verständlich.

Das Gste an dieser ganzen Veranstaltung waren noch einige Vor-

Für die Kurse über das Programm der Romintern

Jeder Genosse den Artikel des Genossen ... (Text continues with details about the program and the role of the Romintern in the international movement.)

Die Internationale, das theoretische Organ der K.P.D., erscheint zweimal monatlich und kostet pro Heft 30 Pfennig, im Abonnement vierteljährlich 1,50 Mark (zuzüglich Postgebühren).

Jeden Tag neue Ausschüsse im Fabrikarbeiterverband

Gestern berichteten wir, daß der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes allen oppositionellen Verbandstagsdelegierten mit Ausschluß gedroht hat. Die Ausschlußkommission nimmt immer tollere Formen an. In Bremen wurden mit Wirkung ab 2. März ausgeschlossen die Genossen Raschen, Lohmann, Praxajewski. Die Delegierten der Fabrik hat mit gewaltiger Majorität sich hinter diese Kollegen gestellt und die Nichtunterzeichnung des Schandvertrages gebilligt. Die Kandidatenliste für die Betriebsratswahl wurde aufgestellt, und die drei Genossen stehen an führender Stelle. Der Ausschluß dieser drei Genossen genügt dem Vorstand nicht. Er hat jetzt an die Genossen Stünke, Täuschner, Eberhard und Kinder die Aufforderung gerichtet, sofort einen Schandvertrags zu unterschreiben. Durch diesen Revolver sollen die Kollegen sich auf den Boden reformistischer Politik stellen und die Beschlüsse der Delegiertenversammlung mitzeichnen. Für den Fall, daß die Kollegen nicht sofort bedingungslos unterschreiben, soll der Ausschluß erfolgen. Viele Ausschüsse werden weitere nach sich ziehen, denn immer größere Teile der Verbandsmittglieder solidarifizieren sich mit den Ausgeschlossenen. Jede Solidaritätsaktion nimmt der Hauptvorstand zum Anlaß, weitere Ausschüsse zu vollziehen. Es hat sich in der Organisation der Zustand herausgebildet, daß die oppositionellen Mitglieder ausgeschlossen werden, wenn sie an die

Kommunistische Partei Beiträge zahlen. Sie werden ausgeschlossen, wenn in der kommunistischen Presse Artikel gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer stehen. Sie werden ausgeschlossen, wenn sie gegen den Bankerrottentwurf rebellieren. Ausschüsse erfolgen, wenn sie sich gegen die Korruption im Verband wenden. Ausschüsse auf jeden Fall mit jeder Begründung, das sind die einzigen Methoden, mit denen die Reformisten voller Verzweiflung versuchen, ihre Positionen in den Betrieben zu halten.

Wir stehen erst am Anfang des Kampfes um die Gewerkschaften und der Eroberung der Positionen in dem Betrieb. Diese wenigen Wochen haben gezeigt, daß bei erster Arbeit die Arbeiter sich mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition solidarifizieren. Jeder einzelne muß unseren Kampf unterstützen. Es darf kein Zurückweichen geben, dann wird es uns auch möglich sein, die Spaltungspolitik illusorisch zu machen.

Rote Betriebsratskandidaten im Vormarsch

Eine Zusammenstellung der schon gemeldeten Erfolge bei der Aufstellung von roten Betriebsratskandidaten in den Betrieben des Ruhrgebietes ergibt folgendes erfreuliche Bild: In 47 Bergbaubetrieben wurden von den Belegschaften revolutionäre Betriebsratskandidaten aufgestellt. In 18 Schachtanlagen konnte die Opposition auf den freigewerkschaftlichen Listen die absolute Mehrheit erobern. In weiteren 18 Bergbaubetrieben erreichte die Opposition auf den freigewerkschaftlichen Listen 30 bis 50 Prozent der Kandidaten. Auf drei Schachtanlagen wird gemeldet, daß die Opposition dort zusammen sieben Kandidaten gewonnen hat. In sieben Metallbetrieben wurden von den Belegschaften revolutionäre Betriebsratskandidaten aufgestellt. In zehn Metallbetrieben eroberte die Opposition eine Mehrheit auf den Listen der freien Gewerkschaften. In vier weiteren Metallbetrieben konnte die Opposition ihre Siege vermehren. In einem der Großbetriebe wurde die Liste paritätisch besetzt.

Außer diesen liegen noch Meldungen von anderen Betrieben (Staats-, Gemeindebetriebe, Elektrizität, Straßenbahn um.) vor, in denen in acht Betrieben zum Teil revolutionäre Betriebsratskandidaten, und zum anderen oppositionelle Mehrheiten auf freigewerkschaftlichen Listen sich befinden.

Hausdurchsuchungen durch Polizeisozialisten

In Verbindung mit der allgemeinen Hege gegen die Partei und insbesondere gegen den K.P.V. führen die sozialdemokratischen Polizeipräzidenten in Deutschland wieder allortwärts willkürliche Hausdurchsuchungen durch, um „verräterisches“ Material gegen die Partei und den K.P.V. zu ergattern. In Bremen ließ der sozialdemokratische Polizeipräzident Reichmann am Donnerstag wieder hochnotpeinliche Hausdurchsuchungen bei K.P.V.-Kameraden vornehmen. Bezeichnenderweise lehnten es die Beamten an einer Stelle ab, eine Quittung über das mitgenommene belanglose K.P.V.-Material auszustellen. Wahrscheinlich will man es zu besonderen Spitzelzwecken verwenden. Im Sekretariat der Partei in Leipzig wurde am Freitagvormittag eine Hausdurchsuchung durchgeführt, für die der sozialdemokratische Polizeipräzident, der „linke“ Feigling, die Verantwortung trägt. Man suchte angeblich — nach den Beschlüssen des 5. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale! — gegen diese Schutereien der Polizeisozialisten muß die Arbeiterschaft überall gefochten Stellung nehmen.

Mittwoch, 13. März, 15.35: Gleiwitz: Rich. Pöbke: Unter Men... (List of events and performances for Wednesday, March 13th.)

Donnerstag, 14. März, 10.30: Schülerrückblicke. Schlaginstrumente, Zupfinstrumente, Harmonium, Celesta und Klavier. (List of events and performances for Thursday, March 14th.)

Freitag, 15. März, 16: Dr. Windel: Getreide, Mehl und Brot. (List of events and performances for Friday, March 15th.)

Sonntag, 16. März, 16: Bücherhunde. (List of events and performances for Sunday, March 16th.)

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonntag, den 9. 3. bis Freitag, den 15. 3. täglich 20.15 Uhr
Karl und Anna
Sonnabend, 16. 3., 20.15 U.
Zum ersten Male!
Finden Sie, das Constance sich richtig verhält?
Komödie von M. Somerset Maugham
Dienstag, 12. 3., 15.30 Uhr
(Geschlossene Schüler-Vorstellung für den Magistrat der Stadt Breslau)
Mina von Barnhelm

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 9. 3. bis Freitag, den 15. 3. täglich 20.15 Uhr
Schwengel
Komödie von Peter Buch
Sonnabend, 16. 3., 20.15 U.
Zum ersten Male!
Dreimal Hochzeit
Ein Neupariser Schwank von Anna Nichols
Dienstag, 12. 3., 15.30 Uhr
Zu kleinen Preisen!
Nathan der Weise
Dramatisches Gedicht von G. E. Lessing

Ausschreibung

Bei der Provinzial-Verwaltung von Niederschlesien ist die Stelle eines **Landesrats** zu besetzen, dessen Wahl von dem am 9. April d. J. zusammen tretenden Provinziallandtag vorgenommen werden wird.

Erwünscht sind Erfahrungen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens. Befolgung erfolgt nach Gruppe 1 c bis 1 a des der preussischen Befolungsordnung entsprechenden provinziellen Befolungsplanes.

Bewerbungen sind unversäglich (spätestens bis 25. März d. J.) an den **Landeshauptmann von Niederschlesien in Breslau II, Landeshaus** einzureichen.

Persönliche Vorstellung wird zunächst nicht gewünscht.

Wochenpielplan des Schweißner Stadttheaters

(Dir. P. Richter)

Dienstag, 12. März, abends 7/8 Uhr
Zum letzten Male Arm wie eine Kröte
Lustspiel von Fodor

Donnerstag, 14. März, abends 7/8 Uhr
Ehrenabend für Erna Buchtomsky
Das Glücksmädel
Operette v. Schwarz

Freitag, den 15. März, abends 7/8 Uhr
Der Mitternachtswalzer
Wiener Operette von Stolz

Sonntag, 17. März, abends 7/8 Uhr
Zum 20. Male Die goldne Mädelin
nachmittags 1/4 Uhr Der Mitternachtswalzer

WEINE von Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelistr. 3

sind deshalb so erstaunlich billig, weil sie in dem in- und Auslande in **ganzen Waggons** bezogen und sofort bezahlt werden.

Rotwein	Flasche	1.10
Südwein	rot oder gelb	1.20
Cyder	süß	0.65
Johannisbeerwein	süß	0.85
Wermutwein	süß	1.35

Kanin- Zickel- und alle andere Felle

verwendet man am vorteilhaftesten in gemeinnütziger Selbsthilfeorganisation

Anlieferung am Ort persönlich von auswärtig Post- oder Bahnzustellung erbeten an:

Hauptfellsammelstelle f. Schlesien Erdmann Förster
Freiburg, Schles., Packhofgasse

Amtl. Bekanntmachung von Seitendorf

Gemäß § 59 des Kommunalabgabengesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 26. August 1921 hat der Herr Landrat mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten durch Verfügung vom 5. März 1929 K. B. 228.29 die Steuerzuschläge für das Steuerjahr 1928/29 wie folgt festgesetzt:

550 % Zuschläge zur Staatlichen Grundvermögenssteuer
1000 % Zuschläge zu den Steuergrundbeträgen vom Gewerbe-Ertrag
3000 % Zuschläge zu den Steuergrundbeträgen vom Gewerbekapital.

Die Steuerbescheide für das Steuerjahr 1928/29 werden in den nächsten Tagen den Steuerpflichtigen zugestellt werden. Die Differenz zwischen den geleisteten Vorauszahlungen und den in den Steuerbescheiden angegebenen Beträgen ist in den nächsten Tagen an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen.

Seitendorf, den 9. März 1929
Der Gemeindevorsteher **Hartwig**

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
Dienstag, 20 Uhr
Gastspiel
EDITH KARIN
Eine Nacht in Kairo

Vollständige Vorstellungen
Mittwoch, den 13. März, 20 Uhr
Die Zirkusprinzessin
Freitag, den 15. März, 20 Uhr
Gräfin Mariza
Sonntag, den 17. März, 15 1/2 Uhr (nachm. 3 1/2 Uhr)
Der Zarewitsch

Stadttheater Breslau (Opernbühne)

Dienstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie F 14
Zosca

Mittwoch, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie G 14
Sibylle

Donnerstag, 20 Uhr
Schwanda, der Badelandsknecht

Freitag, 19.30 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie H 14
Don Giovanni

Sonnabend, 20 Uhr
Die kleine Helena

Sonntag, 18 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäßig. Preis. (Gr. 2)
Der Trompeter

Sonntag, 20 Uhr
Sofmanns Erzählungen

Für Konfirmation und Osterbedarf:

Weingläser grün. Stiel, 3 Stück	95	Goldrandteller bayr. Porzellan, tief	75
Süßweinkelche 3 Stück	95	Goldrandteller bayr. Porzellan, flach	75
Sektgläser Stück	75	Goldrandteller bayr. Porz. Abendbr.	50
Reisekörbe 14.00	11 ⁹⁰	Wäschekörbe viereckig Ia, 6,25	5 ⁵⁰
Glasschüsseln Sternmuster, groß	75	Kaffeeservice für 6 Personen	3 ⁷⁵
Kuchenteller 26 cm	95	Kaffeeservice mit Kante f. 6 Pers.	5 ⁹⁰
Glasschüsseln 4 eckig, 20 cm	95	Kaffeeservice m. Goldrand, f. 6 Pers.	8 ⁷⁵
Brotbüchsen Ia Ding	5 ⁹⁰	Mehlbüchsen ganz Emaille	4 ⁹⁰
Likörgläser grüner Stiel Stück	35	Ein Obstsatz 7 teilig, 3,25	2 ⁷⁵
Likörschalen bunt Stück	35	Ein Kuchensatz 7 teilig	2 ⁷⁵
Likörgläser Schliff Stück	75	Kuchenteller bunt, 1,75	95

Mop, nur in prima Qualitäten 3,75, 2,95, 2,50 1⁹⁵

Kaufhaus Sonnenplatz

Waldenburg
Das Haus der Geschenke